

Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Interessen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie-Arbeiter und Arbeiterinnen

Erscheinung wöchentlich Samstags. Abonnementspreis durch die Post bezogen vierteljährlich 1.50 Mk. Anzeigenpreis die 6 gepalt. Colonetzelle für Arbeitsgesuche 75 Pf., Geschäfts- und Privatanzeigen 1 Mk.

Eigentum des christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Duisburg, Seitenstraße 17. Schluß der Redaktion: Montag Abend 8 Uhr. Zuschriften, Anzeigen und Abonnementsbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten

Genügsamkeit!

„Ohne Genügsamkeit gibt es kein gedeihliches Streben.“ (Seneca.)

Unsere Zeit trägt in weitem Umfange das Gepräge einer oberflächlichen Außenkultur. Das Gesellschaftsleben wird beherrscht von einer leidenschaftlichen Sucht nach raffinierter Sinnenbefriedigung. Die Technik ist am höchsten in der Wertschätzung der Kulturfaktoren gestiegen wegen ihres materiellen Einschlagens, wegen der Hoffnung, die man auf sie setzt zur Befriedigung aller Luxusansprüche eines stinlichen Außenlebens. Man sieht heute gar zu gern darüber hinweg, daß die Steigerung der Sinnenkultur, die harmonische Ausbildung des edelsten und tiefsten Seelenlebens mit der Entwicklung der materiellen Kultur gleichen Schritt halten muß, wenn letztere der Allgemeinheit wirklich zum Segen gereichen soll. Gibt der Mensch sich ganz den äußeren Gütern hin, so schwindet ihm die Tatkraft, in seinem inneren Leben herrliche Blüten und Früchte zu zeitigen. Der Reichtum der Außenkultur endet dann mit dem Bankrott des inneren Lebens. Der nur auf die Sinnenbefriedigung eingestellte Genuß stürzt den Erdensohn schließlich in die unendliche Armut feilischer Beere und Trostlosigkeit. Der Mensch in ihm verschmachtet, da bei der rein äußerlichen Entwicklungsrichtung seiner Kräfteentfaltung alles kristallklare, den Sehnsuchtsdrust stillende und erquickende Quellwasser zu hartem, sprödem Metall wird. Der Materialismus erstötet jeden idealen Lebensdrang.

Innerlicher Reichtum, Hochkultur des Seelenlebens, kann nur auf dem Boden einer gesunden Genügsamkeit gedeihen. Sie sichert dem Menschen die Herrschaft über das Materielle. Mit der rechten Wertung der materiellen Güter als Mittel zum wahren Zweck erwacht auch das auf Ewigkeitswerte gerichtete Streben und die Entwicklungskraft zur höchsten geistigen Innenkultur.

Die echte Genügsamkeit ist also die Grundlage jeder wahren Hochkultur. Genügsamkeit bedeutet nicht Verzicht auf jedes irdische Gut, sondern die Höherbewertung des Geistigen vor dem Materiellen. Sie bewahrt uns vor dem Auf- und Untergehen in einer rein äußerlichen Luxus- kultur und macht uns tüchtig, alle Härten und Schwierigkeiten, die nun einmal das Leben mit sich bringt, zu überwinden. Wahre Genügsamkeit ist daher auch der Boden, auf dem die gesellschaftlichen Tugenden Gemeinsinn, Opferwilligkeit und Solidarität gedeihen, ohne die für uns eine fruchtbringende Standesarbeit nicht möglich ist.

Herbstarbeit!

Es ist nichts Großes was leicht zu erringen wäre — und nur durch Arbeit, rechthaffene, mutige, ausdauernde Arbeit werden Erfolge errungen. Wenn irgendwo, so gilt dieses Wort von unserer Gewerkschaftsarbeit. Weit- ausschauend, großzügig muß sie sein und nur die Gegenwärtmühe bietet hier die Gewähr für Zukunftserfolge. Daher steht auch der echte Gewerkschaftler turmhoch über dem Heere der kurzfristigen Egoisten und Augenblicksmenschen. Der Gewerkschaftler weiß, was er will, das Ziel seines Strebens ist die Hebung der Lage seines Standes; der Weg zu diesem Ziele liegt klar gezeichnet vor seinen Augen. Gewiß, da sind Schwierigkeiten, Hemmnisse, zu überwinden. Doch was bedeutet das für den, der sich auf dem rechten Wege weiß!

Der Gewerkschaftler ist fest überzeugt, nicht nur für sein kleines Ich, sondern für seinen Stand das Rechte zu tun. Durchhalten! Mutig vorwärts! ist deshalb seine Parole, selbst auf die Gefahr hin, von denselben Standesgenossen verkannt und angefeindet zu werden, durch deren gewandelte Herzen sein Vorhaben erst verwirklicht, sein Ziel erst erreicht werden kann.

Gewerkschaftler sein heißt also Kämpfer sein, heißt kämpfen mit der ganzen sieghaften Kraft felsener Ueberzeugung gegen jedes Hindernis, einerlei, wie groß oder gering zur Zeit die Zahl derer ist, die ihn in diesem Kampfe unterstützen. In der Ueberzeugung von der Zukunft seiner Sache und ihrer Verrechtigung beißt der Gewerkschaftler eine Waffe von unübertrefflicher Durchschlagskraft. Sie ist ihm ein unersetzbares Gut und verleiht ihm jene Arbeitsfreude und jenen rührigen Werbeeifer, die geeignet sind, die Zahl der Gleichgesinnten und Gleichstrebenden von Tag zu Tag zu vergrößern.

Das sind so einige Gedanken, die unsere Kollegen jetzt bei Inangriffnahme der Herbstarbeit, aufs neue beleben sollten. Ist doch gerade der Herbst auch für uns Gewerkschaftler die Zeit, wo das im Sommer aus den mannigfachen Gründen hinausgeschobene und vertagte Ernsthast angefaßt und — durchgeführt werden muß. Mit diesen Gedanken geht schon dem Ende des Jahres 1912 entgegen und da ist es gewiß notwendig, daß unsere

Kollegen in den einzelnen Zahlstellen einmal ernstlich mit sich zu Räte gehen, inwiefern sie dem Ziele, das sie sich im Frühjahr für das laufende Jahr gesteckt, näher gekommen sind. Wie manche der vielen guten Vorsätze hatten da noch der Verwirklichung, wie manches Begonnene harret noch der systematischen Durchführung!

Im Vordergrund der Beratungen der Kollegen an den einzelnen Orten stand im verfloffenen Frühjahr die Werbearbeit. Ein ungemein wichtiges Kapitel. Wie viel hängt nicht gerade für unsere Metallarbeiter von der lückenlosen Geschlossenheit der Organisation am Orte und in den einzelnen Betrieben ab? Hausagitation war die Parole. Und mit Recht. In der Wohnung kommt man am besten an die unorganisierten Kollegen heran; auch an die, die in öffentliche und Werkstattversammlungen nicht hineinzufragen sind. In der eigenen Wohnung rebelt sich der Unorganisierte auch viel eher seine „Gründe“ und Vorurteile gegen die Organisation von der Leber her — unter als in irgend einer Versammlung. Der Agitator erfährt hier wo es noch fest ist und er kann ihn infolge dessen danach behandeln, ihn von seiner Boreingenommenheit oder Kurzsichtigkeit kurieren und für die Organisation gewinnen. Ein nicht zu unterschätzender Vorteil der Hausagitation ist es weiter, daß man bei dieser Gelegenheit auch die Frauen mit dem Zweck und der Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation vertraut machen kann; daß man es erreicht, daß die Frauen die Gewerkschaftsbeiträge nicht mehr als eine unnütze Kürzung, sondern als die Sicherung und Vorbedingung eines ausreichenden Haushaltungsbudgets ansehen. Beim Besuche der Arbeiterfamilien bietet sich ferner vielfach auch die Gelegenheit, die von allen Seiten heute so viel unvorbenen Jugendlichen für unsere Sache zu interessieren und sie mit Zustimmung der Eltern unserer Bewegung anzugliedern. Kurz und gut, die Hausagitation bietet der Vorteile und Vorzüge so viele, daß unsere Kollegen allerwärts sie mit Recht in ihr Arbeitsprogramm aufgenommen haben.

Aber wie stehts nun mit der praktischen Verwirklichung, mit der systematischen Durchführung dieses wichtigen Punktes unseres Arbeitsprogramms? Hat's da bisher an nur zu vielen Orten nicht gehapert? Leider! Und daher kommt es denn auch, daß es an manchen Orten bisher nicht so vorwärts gegangen ist, wie man's nach der Stimmung, die am Beginn des Jahres in der örtlichen Generalversammlung herrschte, wohl erwarten durfte. — Also an der systematischen, zähen, nachhaltigen und ausdauernden Arbeit hat's bisher noch allzuviel gefehlt. Wir dürfen bei unserer Werbearbeit nicht bei der alten extensiven Methode stehenbleiben, sondern wir müssen mehr und mehr zum intensiven Betriebe übergehen. Das soll heißen: Wir dürfen uns nicht mehr mit den „gelegentlichen“ Vorstößen auf die Burg des Indifferentismus begnügen, wir sollen nicht nur bei günstiger Gelegenheit, bei Bewegungen uhr. Werbearbeit treiben, und vor allem, wir dürfen uns nicht damit begnügen, es bei der Hausagitation bei einigen Vorstößen oder gar nur einigen Anläufen bewenden zu lassen. Je fleißiger und unausgesetzter die Bearbeitung, umso eher wird das Dedland in fruchtbares Aderland umgewandelt. Und je fleißiger und ausdauernder wir uns in der Hausagitation betätigen, um so größer wird der Erfolg sein und um so besser wird sich die darauf verwendete Arbeit für die Kollegen lohnen. Nur steter Tropfen höhlt den Stein.

In dieser Erkenntnis hat denn auch unser letzter Verbandstag in Dortmund den folgenden Antrag einstimmig zum Beschluß erhoben:

„Ein wirksames Mittel, dem Verbanne neue Anhänger zuzuführen und gewonnene zu erhalten ist die Hausagitation. Leider ist dieselbe innerhalb der einzelnen Ortsgruppen noch nicht systematisch ausgebaut und in Anwendung gebracht. Die Generalversammlung empfiehlt daher aufs dringendste, überall die Hausagitation energisch in Angriff zu nehmen und beharrlich durchzuführen. Von den Vorständen und Mitgliedern erwartet die Generalversammlung, daß sie ihre Person freudig in den Dienst der Sache stellen werden. Die Ortsgruppenvorstände sind gehalten, mindestens am Jahresschluß der Zentrale über Umfang, Beteiligung und Erfolg bei der Hausagitation Bericht zu erstatten. Der Verbandsgeneralversammlung sind die Resultate zur Kenntnis zu bringen.“

Es muß Ehrensache unserer Ortsgruppen sein, den vorstehenden Beschluß unserer Verbandsgeneralversammlung gewissenhaft durchzuführen. Die Herbst- und Winterabende bieten ja auch die günstige Gelegenheit, noch einen großen Teil des bisher in dieser Beziehung Versäumten nachzuholen. Die bisherigen Erfolge sollen uns nicht verleiten, nun die Zügel einmal schießen zu lassen. Wohl konnte Kollege Stegerwald auf unserer letzten Generalversammlung feststellen, daß unser Verband an die zweite Stelle im Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften aufgerückt sei und seine Aufforderung, durch unausgesetzte Werbearbeit es dahin zu bringen, daß der christliche Metall-

arbeiterverband an die erste Stelle im Gesamtverband aufrücke, wie es der Bedeutung der Metallindustrie entspreche, fand freudigen Widerhall bei unsern Delegierten. Aber mittlertweile sind die christlichen Bauarbeiter und durch rührige Werbearbeit wieder zugekommen. Es ist also an der Zeit, daß wir christlichen Metallarbeiter uns auch einmal rühren. Wenn wir jetzt unverzüglich mit dem gleichen Eifer und mit der gleichen Energie und Ausdauer an die Werbearbeit gehen, dann werden auch wir Metallarbeiter endlich die Position in der Gesamtbevægung erlangen, die uns im Hinblick auf die übertragende Bedeutung unserer Industrie in der deutschen Volkswirtschaft zukommt. Darum allertwärts an die Arbeit. Jeder Kollege muß mithelfen. Der Hinweis auf die andern, die auch gut könnten, aber nicht mittun, wird als Entschuldigung nicht angenommen. Ein überzeugungs-treuer und ehrliebender Kollege verschmäht es, hinter Drückebergern Deckung zu suchen — er tut seine Pflicht!

Volkswirtschaftliche Rundschau.

Die Tagespresse wird zurzeit wieder ganz beherrscht von der bestehenden „Feuerung“. Insbesondere sind es sozialdemokratische Zeitungen und solche, die ihnen nahe stehen, welche sich mit diesem Thema recht eifrig befassen. Der Agitationszweck ist dabei unschwer zu erkennen. Wir sind nun gewiß nicht der Meinung, als ob die Verteuerung der Lebensmittel, insbesondere des Fleisches, vor allem von der Arbeiterschaft nicht sehr hart empfunden werde, wir wollen vor allem auch nicht, daß man diesem Notstand untätig zusieht, wir halten es aber auch auf der anderen Seite für unsere Pflicht, die verschiedenen Ursachen, besonders der Fleischnot, in objektiver Weise zu würdigen. Daß unsere Volkswirtschaft die Verschärfung der Einfuhr ausländischen Viehes, das Einfuhrverbot des Gefrierfleisches, der Schutzsoll auf die wichtigsten Lebensmittel unsere Lebenshaltung verteuert, soll und kann nicht geleugnet werden. Daneben müssen aber, will man nicht in die demagogische Hebe der sozialdemokratischen Presse verfallen, auch noch andere Momente berücksichtigt werden — zuerst die Spekulation und dann der Zwischenhandel. Gerade der letztere übt auf die Preisgestaltung des Fleisches einen sehr ungünstigen Einfluß aus. In einseitiger Weise wird als Allheilmittel die Dehnung der Grenze gefordert, ohne zu bedenken, welcher furchtbare Schaden nicht nur der Landwirtschaft, sondern der gesamten Volkswirtschaft zugefügt werden kann. Ob die Einfuhrerleichterung lebenden Viehes den gewünschten Erfolg haben würde, ist bei dem internationalen Viehmangel mehr als zweifelhaft. Die Teuerungskrawalle in den letzten Jahren haben uns ja deutlich gezeigt, daß es in den verschiedenen Ländern auch nicht besser aussieht als bei uns. Eine gewissenhafte veterinärpolizeiliche Untersuchung des eingeführten Viehes wäre auf jeden Fall durchzuführen, denn die heimische Viehzucht kann der Gefahr der Seucheneinführung nicht schutzlos preisgegeben werden. Aber wie gesagt, die Einfuhrerleichterung lebenden Viehes würde einen dauernden Erfolg nicht versprechen, da die anderen Länder selbst an Viehmangel leiden. Von diesem Mittel können wir also nicht viel erwarten. Das Beste wäre natürlich, wenn der Viehstand unserer heimischen Bevölkerung eine solche Vermehrung erfähre, daß bei mäßigen Preisen eine befriedigende Versorgung des Inlandes ermöglicht wäre.

In dem letzten Jahrzehnt hat die Viehzucht dann auch bedeutende Fortschritte gemacht — aber sie genügen eben immer noch nicht! Da erwacht nun doch die Frage: Könnte man wenigstens nicht vorübergehend einige zollpolitische Erleichterungen schaffen? Zu diesen rechnen wir in erster Linie eine zollfreie Einfuhr argentinischen Gefrierfleisches, weil sie u. E. am ersten Aussicht hat, dem tatsächlichen bestehenden Notstand in etwa abzuhelfen. Allerdings sind genug Stimmen vorhanden, die glauben, daß bei zollfreier Einfuhr von Gefrierfleisch, der Preis für Vieh gewaltig sinken würde. Unter diesen befindet sich auch der Sozialist Arthur Schulz, der in den Sozialistischen Monatsheften Nr. 17, S. 1074/5 sagt: „Bei Aufhebung der letzteren (der Fleischzölle) müßte infolge der Einfuhr des argentinischen Frostfleisches ein Preissturz eintreten, der für den Bauern ohne weiteres ruinös wäre.“ Dieser Ansicht sind wir nicht, denn ein ernstlicher Konkurrent wird das argentinische Fleisch dem einheimischen nicht sein — interessant ist nur, eine solche Erwägung aus dem Munde eines Sozialdemokraten zu hören.

Berücksichtigt man sich schon Ortsgruppen christlicher Gewerkschaften an städtische Behörden mit der Bitte gewandt, einmal selbst Schritte zu ergreifen, um der Teuerung abzuhelfen, dann aber auch die gezeugenden Faktoren anzugehen, die Einfuhr argentinischen Gefrierfleisches zu gestatten. So sehr man wünschen kann, daß das letztere geschehe, so sehr ist vor dem Glanz zu warnen, als ob damit alles gelöst sei. Die Qualität des Gefrierfleisches ist so, daß nicht allzu viele deutsche Familien dauernd dafür als Konsument in Betracht kommen werden. Der Preis für heimisches Vieh wird dadurch wohl etwas zurückgehen, aber keineswegs den gesellschaftlichen Bezug oder städtische Versorgung überflüssig machen.

Die Beurteilung unseres Wirtschaftslebens ist im allgemeinen keine ungünstige. Die Teuerung spielt darin absolut keine Rolle — ein Zeichen vielleicht, daß man ihr in eingeweihten Kreisen nicht die Bedeutung be-

nicht, die man vielleicht aus politischen Gründen öffentlich vertritt. Um so mehr hört man aber von dem günstigen Ausfall der Ernte. Durch die in den letzten Wochen herrschenden Regengüsse ist er allerdings besonders in Deutschland hinter den Erwartungen etwas zurückgeblieben, doch ist er immer noch befriedigend. Besonders gelitten hat der Weizen, während Roggen und Hafer beim Einsetzen der Regenperiode meist schon unter Dach waren. In letzter Zeit werden erste Erfolge bei den Erntearbeiten wegen des Ausfalls der Kartoffelernte laut. Wie hier schon früher erwähnt, stand die Saat ausgezeichnet und verbrachte einen reichlichen Ertrag. Der umfangreiche Regen bewirkt aber das Fehlen der nun bald reifen Kartoffeln, sodaß auch hier möglicherweise mit einem beträchtlichen Ausfall gerechnet werden muß.

Einige Bestimmungen haben auch die erwarteten Balkanwirren hervorgerufen. Unter dem Einfluß solcher Momente war die Haltung der Börse nicht einheitlich; feste Tendenz wechselte mit schwächerer und schwächer ab. Die Berichte aus unserer Industrie vor allem führten aber immer wieder das in Banken geratene Vertrauen zurück, sodaß von einem dauernden Absinken der Stimmung nicht gesprochen werden kann. Einige und auch wohl berichtigte Sorge herrscht wegen der Gestaltung des Geldmarktes; die Bank von England war wegen der schwierigen Lage der Geldverhältnisse genötigt, ihren Diskontsatz von 3 auf 4% zu erhöhen. Die Reichsbank hat bisher von einer Erhöhung ihres Diskonts, der 4 1/2% beträgt, abgesehen. Die reichlichen Geldreserven lassen dies zu — wie lange noch — das ist eine andere Frage. Im Interesse besonders auch der kleinen Geschäftskreise, welche die Geldknappheit empfindlich spüren, wäre ein noch längeres Verlassen des jetzigen Satzes erwünscht. Mit unter dem Einfluß der Geldverhältnisse ist der Markt für die inländischen Anleihen noch schlechter geworden — die 3- und 3 1/2prozentigen Papiere sind weiter im Kurse zurückgegangen. Viele kleinen Leute, die seiner Zeit ihre geringen Ersparnisse in 3prozentigen Schuldverordnungen zu einem Kurs von 80 und 85% Prozent angelegt haben, sind durch die neuere Entwicklung schwer geschädigt. Eine auffallende, wohl zu einigen Nachdenken anregende Erscheinung muß konstatiert werden: die Konurse sind in Deutschland im Nachhinein begriffen und übersteigen in diesem Jahre die Zahlen des Vorjahres und des Jahres 1910 um ein beträchtliches. Verkehrsspekulationen, Schwierigkeit der Geldbeschaffung und Kapitalmangel dürften die tiefsten Ursachen dieser unerfreulichen Erscheinung sein.

Bevor wir auf unsere Industrie näher eingehen, scheint es notwendig, gewissermaßen als symptomatische Erscheinung einen Kartellgesekentwurf des österreichischen Abgeordnetenhauses zu erwähnen. Als Grundlage diente eine von der österreichischen Regierung veranstaltete Kartell-enquete. Die Kartelle sind wohl nirgends so verhasst wie in Oesterreich. Hier herrscht ja bekanntlich eine Teuerung, welche die deutsche an Schärfe sehr viel übertrifft; die große Masse der Bevölkerung mißt den Kartellen die Hauptschuld zu — ob mit Recht oder Unrecht bleibe dahingestellt. Sie sieht eben die monopolistische Preispolitik und urteilt danach. Das bedeutendste Kartell ist das Eisenkartell. Ohne gemeinsame Verkaufsstelle kontingiert es den Absatz auf die einzelnen Mitglieder und fest die Preise fest. In den einzelnen Unterverbänden — 18 an der Zahl — sind die einzelnen Produkte, Roheisen, Stabeisen, Bleche zc. kartelliert. Unter der Herrschaft des Kartells ist die Produktion stark gestiegen. Die Roheisenerzeugung, um nur eine Zahl anzuführen, betrug noch 1890 nur 666 000 T., 1910 aber 1 500 000 T. Viel zur Verbitterung, die in weiten Kreisen herrscht, mögen auch die Arbeiterverhältnisse beigetragen haben, die sowohl was Lohn als auch Arbeitszeit betrifft, bedeutend schlechter gestellt sind als in Deutschland. Der erwähnte Gesekentwurf sieht ein Preisbestimmungsrecht durch den Staat vor, ob es aber dahin kommen wird, ist mehr als fraglich. Wenn aber auch nur ein Aufsichtsrecht des Staates herauskommt, ist schon viel gewonnen, und wir können nur wünschen, daß man endlich auch in Deutschland einmal an dieses schwierige Problem herantritt.

Einen günstigen Eindruck auf den deutschen Markt machte der Abschluß des Bohringer Hüttenvereins für 1911/12. Das Aktienkapital beträgt nunmehr 58 Mill. M. gegen 45 Mill. M. 1910/11 und 28,4 Mill. M. 1909/10. Der Reingewinn beträgt 9,8 Mill. M., gegen 6,8 im Vorjahr. Davon wurden für Dividende von 12% (wie im Vorjahre) 6 960 000 M. verwendet. Die Lantien- und Gratifikationen belaufen sich auf 804 253 M.; noch 1908/9 waren für diesen Zweck 271 366 M. ausgeworfen. Am Roheisenmarkt hat sich nichts geändert, die Lage ist so gut, daß der Roheisenverband mit einer Preiserhöhung von 2% für Qualitätsroheisen hervortreten konnte. Es verlaute auch, daß der

belgische Roheisenverband demnächst ebenfalls eine Erhöhung der Preise vornehme; das Interessante an diesem Vorgang ist, daß er auf Grund einer Verständigung des belgischen Roheisenverbands mit dem belgischen über den Absatz von Thomasroheisen erfolgen soll.

Auf dem Stabeisenmarkt macht sich neuerdings wieder eine Belebung bemerkbar. Zahlreiche Aufträge für 1912 und auch das letzte Vierteljahr d. J. laufen ein. Dabei ist bemerkenswert, daß die Preise eher etwas nachgelassen haben. Noch lebhafter als das Inlandgeschäft sei das Exportgeschäft, dessen Preise im Verhältnis mehr befriedigten als die im Inland erzielten. Man kann sich erinnern, mit welcher Übersticht man beim Scheitern der Syndizierung für B-Produkte im Stahlwerkverband von einer Kartellierung der einzelnen Produkte in getrennten Verbänden gesprochen hat; längst ist der Optimismus in pessimismus umgeschlagen, so daß neuerliche Gerüchte über eine beabsichtigte Stabeisen-syndizierung allgemein skeptisch aufgenommen werden — nach den gemachten Erfahrungen wohl mit Recht. Einen schätzbaren Versuch mit einer losen Konvention hat man, wie s. Zt. berichtet wurde, in der Röhrenindustrie gemacht. Allerdings waren hier die Voraussetzungen zu gemeinschaftlichem Vorgehen infolge der üblen Verfassung des Röhrenmarktes bedeutend günstiger als beim Stabeisen, wo seit der Auflösung der Konvention Hochkonjunktur herrscht. Die Röhrenindustrie ist sehr gut beschäftigt, so daß die vereinigten Werke beabsichtigen, eine Preiserhöhung vorzunehmen, nachdem ihnen eine solche bereits einmal geglikt ist. Die Vereinigung Rheinisch-Westfälischer Stabeisenwerke hat die Preise für Stabeisen um 2,50 M. pro Tonne erhöht. Die verschiedenen Händlervereinigungen für Stabeisen, Träger zc. folgen den Preisausschlägen der Produzentenvereinigungen. Für Formeisen ist der Markt etwas günstiger geworden, da die Bautätigkeit nun doch eine kleine Belebung erfahren hat. Der Markt in den verschiedenen Sorten Blechen und Drähten hat eine Verminderung nicht erfahren, er ist nach wie vor glänzend. In Eisenbahnmaterialien herrscht lebhaftere Nachfrage.

Von den preussischen Eisenbahnen werden in aller nächster Zeit große Aufträge vergeben. (680 Lokomotiven, 1500 Personen- und 400 Packwagen.) Die Bemühungen in der Kleinereisenindustrie für die Möbelschloßfabrikate eine Preisreduktion zu schaffen, sind gescheitert, wie denn überhaupt momentan eine recht ungünstige Zeit zur Gründung neuer oder Verlängerung bestehender Verbände ist. Auch im Walzdrahtverband sollen Schwierigkeiten entstanden sein, wegen derer bisher auch die Preise keine Erhöhung erfahren hätten. Die Solinger Stahlwarenindustrie hat durch die Einreihung der Rasier- und Taschenmesser sowie der Scheren unter eine andere Tarifnummer des Zolltarifs in Frankreich eine Schädigung erfahren; auch andere Industrien müßten in letzter Zeit sich mit einer unfreundlichen Behandlung von Frankreich befassen. Zum Glück haben auch wir Mittel und Wege, um die Verschönerung unserer Einfuhr durch entsprechende Gegenmaßnahmen zu erweitern.

Der belgische Eisenmarkt erfreut sich nach wie vor des besten Standes, die Halbzeugpreise wurden erhöht. Auch die englische Eisenindustrie zeigt eine andauernde Aufwärtsbewegung. In den Vereinigten Staaten herrscht sehr guter Geschäftslauf; die Beschäftigung in der Schienenindustrie ist besonders lebhaft; die Aufträge des Stahltrusts an Schienen belaufen sich auf 350 000 Mark. Der Iron Age sagt, daß die Kaufbewegung seit Jahren keine so gute mehr gewesen sei.

Die Wohnungsfrage, eine Kreditfrage.

Gelegentlich des internationalen Wohnungskongresses in Wien wurde von einem Fachmann der Satz aufgestellt: Die Wohnungsfrage ist eine Kreditfrage. Dieser Satz ist bis zu einem gewissen Grade richtig. Die Kapitalbeschaffung beim Wohnungsbau ist eine Hauptfrage. Wer bauen will, muß erst Geld haben. Hätten die kleinen Leute, Arbeiter und Angestellte Geld zu diesem Zwecke frei, gäbe es wohl keine Wohnungsnot, kein Wohnungsamt, mit seiner Mietpreissteigerung im Gefolge. Selbst wenn die wohnungsbedürftigen kleinen Leute in Baugenossenschaften sich vereinen, sind sie außerstande, die zu ihren Wohnungsbauten nötigen Kapitalien aus eigener Kraft aufzubringen. Sie sind fast immer auf fremde Gelder angewiesen. Deren Beschaffung ist aber nicht leicht, weil ihre Verzinsung möglichst niedrig sein und die Vergabe auf lange Frist erfolgen soll.

Der Reichstag hat sich mit der Frage der Selbstbeschaffung für Kleinwohnungsbauten wiederholt beschäftigt und in seiner

Sitzung vom 22. Mai 1912 die Entscheidung einer weiteren Geldquelle geordert. Er verlangte: Errichtung von Pfandbriefanstalten im Anschluß an die Landesversicherungsanstalten zu dem Zweck, um unter Reichsgarantie nach festen Normativbestimmungen möglichst hohe Pfandbriefsätze auf Hausgrundstücke mit Kleinwohnungen sowohl an Baugenossenschaften, als auch an Privatpersonen zu gewähren.

Ohne Geld, das steht fest, läßt sich nicht bauen, weil nicht bloß die Bauarbeiter, sondern auch die Lieferanten, die Baumaterialien usw. bezahlt sein wollen. Deshalb ist die Forderung des Reichstags auf Errichtung von Pfandbriefanstalten eine der vorzüglichsten. Es muß eine Geldquelle geschaffen werden, aus welcher unter bestimmten Bedingungen jeder schöpfen kann. Es sind insbesondere auch Geldmittel des Staates flüssig zu machen. Reich und Staat haben sich um das Wohnungsproblem bisher zu wenig gekümmert und sind auch in der Erstellung von Wohnungen für das in seinen eigenen Betrieben und Verwaltungen beschäftigte Personal weit hinter dem Bedarf zurückgeblieben. Das bestätigen die Bemerkungen in den Reichstags für 1912. Im Etat des Reichsamts des Innern, Kapitel 1 der außerordentlichen Ausgaben, werden 4 Millionen Mark, gegen 2 Millionen im Vorjahre, zur Beschaffung von Kleinwohnungen für Unterbeamte und Arbeiter angefordert, da ein „erhebliches Bedürfnis“ dafür besteht. Im „vorläufigen Etat“ für 1912 wurde wegen „dringenden Bedarfs“ zum Bau von Unteroffizierswohnungen eine Summe angefordert und bewilligt. Die Staatsbetriebe und Verwaltungen sind nicht der Konjunktur, den Schwankungen des Waren- und Weltmarktes in der Weise unterworfen, wie die Privatbetriebe. Trotzdem hat der Staat weniger geleistet als diese. Es erscheint angezeigt, daß hier weit mehr als bisher getan wird, und daß Reich und Staat über die Wohnungsfürsorge für die staatlichen Arbeiter und Angestellten hinaus sich aktiv an der Wohnungsbeschaffung beteiligen. Die Grundlagen des Staates beruhen auf der Familie. Ohne geeignete, preiswürdige Wohnungen kann sich aber die Familienwirtschaft nicht entwickeln. Der Zurückgang der Heiraten und der Geburten, die geringere Wehrfähigkeit der Stadtkinder hat nicht zuletzt seine Ursache an den vielfach bestehenden mangelhaften Wohnungsverhältnissen. So vertritt die Beteiligung des Staates an der Wohnungsfürsorge durch Bereitstellung von Geldmitteln.

Es sollen also Pfandbriefanstalten im Anschluß an die Landesversicherungsanstalten errichtet werden. Die 31 Versicherungsanstalten haben nach dem Stande vom 31. Dezember 1910 zum Bau von Arbeiterwohnungen, von Leihgärten usw. insgesamt 297 567 268 Mark, davon etwas mehr als die Hälfte an Baugenossenschaften ausgeliehen. Die Versicherungsanstalten sind also große Geldgeber, und es liegt der Gedanke nahe, die durch besonderes Gesetz zu errichtenden Pfandbriefanstalten diesen Versicherungsanstalten anzugliedern. Der Vorstand einer Versicherungsanstalt hat die Eigenschaft einer öffentlichen Behörde; es müssen ihm aber auch Vertreter der Arbeitgeber und der Arbeiter angehören. An der Verwaltung wären also bis zu einem gewissen Grade auch die Arbeiter, die Wohnungsbedürftigen beteiligt. Der Weg, der vom Reichstag hier gewiesen wird, scheint richtig und gangbar zu sein.

Darüber, wie die geforderten Pfandbriefanstalten eingerichtet werden sollen, über die Art der Geldbeschaffung und Darlehenshergabe, über die Verwaltung, deren Kostenbedeutung und dergleichen ist im Reichstag öffentlich wenig gelsprochen worden.

Die Forderung auf Errichtung von Pfandbriefanstalten ist alt, sie findet sich unter den Vorschlägen von Lechner-Schäffle. Danach soll der Staat eine Pfandbriefanstalt gründen, die Pfandbriefe ausgibt, die von jedermann gezeichnet und gekauft werden können. Dadurch soll das Kapital zur Befriedigung des Wohnungsbedarfs gewonnen werden. Es ist das gewissermaßen eine Nachahmung der schon im vorigen Jahrhundert errichteten Kreditinstitute zu Zwecken der Landwirtschaft. 1832 bereits wurde in Sachsen die erste Landesbankrentenbank gegründet. Diese beschaffte die Kapitalien u. a. für die von den Wassergenossenschaften zu übernehmenden Leistungen. In Preußen wurde durch Gesetz vom 18. Mai 1879 den Provinzialverbänden die Befugnis eingeräumt, Landesbankrentenbanken einzurichten und Rententriebe auszugeben. Das ist denn auch geschehen, was die bestehenden Landesbanken zeigen. In den Rheinlanden z. B. finden wir die Landesbank der Rheinprovinz. Die Provinz gibt ihren öffentlichen Kredit her durch Ausgabe von Obligationen, deren Betrag der Landesbank zur Verfügung gestellt wird. Die Kapitalien dieser Landesbanken werden zur Förderung der Boden- und Landwirtschaft verwendet. Für die Wohnungskultur, zur Belebung von Baugrundstücken und Wohnungsbauten werden sie nicht hergegeben. Erst dieses Frühjahr, 1912, hat deshalb der Ver-

Die Oberflächenhärtung des Eisens.

Von Dr. Hugo Kühn.

(Nachdruck verboten.)

Die Oberflächenhärtung des Eisens ist ein Prozeß, der sich im letzten Grunde eng an den älteren Prozeß der Zementation anschließt. Man sucht durch Erzeugung von oberflächlich karburisiertem Metall eine hart abnutzungsfähige Schicht zu erzeugen, im Innern des Eisens dagegen die ursprüngliche Festigkeit beizubehalten. Zum Verständnis der Karburierung ist es erforderlich, daß wir die Zementstahlfabrikation einer kurzen Betrachtung würdigen. Wenn Stabeisen in einem von der Luft abgeschlossenen Räume anhaltend mit Kohle geglikt wird, so nimmt dasselbe unter Veränderung seiner physikalischen Eigenschaften Kohlenstoff auf und verwandelt sich in Stahl. Obgleich das Eisen nicht zum Stück gekommen ist, hat es nicht nur oberflächlich, sondern auch in der Mitte, wenn auch hier weniger, Kohlenstoff aufgenommen, so daß eine Bewegung der feinsten Teile in ihrem Zustande stattgefunden zu haben scheint. Durch Molekularwanderung dringen so bis 5 Prozent Kohlenstoff ohne Schmelzen des Eisens ein, die Zementation wird bei Kupferstahlgüte, 1000—1170 Grad Celsius ausgeführt.

Wir haben uns den Vorgang folgendermaßen zu denken. Das die Eigentümlichkeit umgebende Kohlenpulver ist nicht so völlig von der Luft abgeschlossen, daß nicht eine teilweise Vereinigung der beiden Luftelemente Stickstoff und Sauerstoff mit dem Kohlenstoff stattfindet. Es werden sich Kohlenoxyd und Cyan bilden. Letzteres setzt sich mit den aus der Holzkohle stammenden Alkalien chemisch um und es entstehen dampfförmige Cyanalkalien. Die so gebildeten Verbindungen Kohlenoxyd, Cyan, Cyanalkalien wirken zunächst auf die Oberfläche des Eisens karburierend, d. h. es wird eine dünne Kohlenstahlschicht gebildet, wir können von einer Oberflächenhärtung sprechen. Von dieser Oberflächenhärtung breitet die Kohlung des Eisens fort bis zur Mitte.

Daß der Stickstoff bei der Karburierung eine Rolle spielt, und zwar in Verbindung mit Kohlenstoff als Cyan, scheint aus folgenden Gründen erwiesen. Stickstoffhaltige, tierische Kohle ist wirksamer als Holzkohle. Dieses findet nun darin eine Erklärung, daß die Bedingungen einer Cyanbildung günstig sind. Nach Caron eignet sich besonders zur Kohlung des Eisens eine Mischung von 3 Teilen Kohle und 1 Teil kohlenstoffreichem Wachs. Das bei der Zementierung gebildete Cyan-Varium ist weniger flüchtig als Cyanalkalium, bleibt mithin längere Zeit wirksam und beschleunigt die Zementation.

Wenden wir jetzt unser Interesse der Oberflächenhärtung zu, so werden wir im Vergleich mit der Zementstahlfabrikation eine auffallende Ähnlichkeit entdecken. Die zahlreichen im Handel befindlichen Produkte für Oberflächenhärtung kann man in zwei Gruppen einteilen, nämlich: 1. Verbindungen, welche den Kohlenstoff als gasförmigen Kohlenwasserstoff oder in einer gasförmigen, Kohlenwasserstoff erzeugenden Form enthalten. In beiden Fällen ist vor der Karburierung des Eisens eine vorhergehende Zerlegung der Kohlenwasserstoffe erforderlich. 2. Verbindungen, welche den Kohlenstoff in fester Form enthalten. Am geeignetesten zur Karburierung ist nach vielen Untersuchungen das Kohlenoxydgas. Hierauf beruht z. B. die günstige Wirkung des Hardnit nach vielen Autoren. Es besteht aus 40 Proz. Bariumcarbonat und 60 Proz. Kohle, besteht also größte Ähnlichkeit mit der von Caron benutzten Mischung, welche zur Zementstahlfabrikation diente. Die Hauptwirkung des Bariumcarbonates ist wohl darauf zurückzuführen, daß beim Erhitzen in Gegenwart von Kohlenstoff Zerlegung eintritt, welche die Bildung von Bariumoxyd und Kohlenoxydgas zur Folge hat. Das Kohlenoxydgas führt die Karburierung des Eisens herbei, jedenfalls zur Hauptsache, in geringem Maße kommt auch Cyan zur Wirkung bei Anwendung von Hardnit als Härtungsmittel.

Die Uebereinstimmung zwischen der alten Zementstahlfabrikation und der modernen Oberflächenhärtung tritt uns über-

all entgegen. So wurden schon in früherer Zeit Gegenstände, welche nur oberflächlich hart zu sein brauchten, in der Weise mit einem Stahlüberzug versehen, daß man die zu härtenden Geräte in tierischer Kohle, Leber, Horn, schwarzgebranntem Knochen glihte, oder die glihenden Gegenstände schnell mit Horn abrieb, oder sie mit gepulvertem Blutlaugensalz bestreute, sie im Feuer wieder erhitzte und dann abbläste. Diese der Zementstahlfabrikation entnommenen Methoden werden in der Schmiede noch heute zur oberflächlichen Härtung des Eisens benutzt. Ihre Wirkung beruht darauf, daß sich bei der Zerlegung der Kohlenstoffverbindungen Kohlenoxydgas und Cyan bilden, welche die Karburierung des Eisens, also die Stahlbildung bedingen. Die oben erwähnte Verhärtung oder Einjahhärtung des Eisens kommt stets auf die Zementierung zurück.

Die physikalischen Eigenschaften des Metalles, seine Härte und Elastizität z. B. sind abhängig von dem Kohlenstoffgehalt. Die Oberflächenhärtung verdient hauptsächlich dort Beachtung, wo es sich darum handelt, in der Motorindustrie den einzelnen Maschinenteilen eine größere Festigkeit zu verleihen. Hochkohlenstoffhaltige Güsse neigen dazu, abzubrechen oder zu reißen, wenn aus ihnen hergestellte Maschinenteile niederholten Stößen Widerstand leisten müssen. Handelt es sich dagegen um ebene Angriffsflächen, auf die ein konstanter Druck einwirkt so liegen die Verhältnisse wesentlich anders, dann werden hochkohlenstoffhaltige Einjaharten erforderlich sein. Die Oberflächenhärtung hat sich also nach den Zwecken zu richten, denen das gehärtete Eisen dienen soll.

Aus diesem Grunde ist es von großem Interesse, die Umstände zu ermitteln, welche die Oberflächenhärtung begünstigen bzw. hemmen. Nach den Erfahrungen, die auf der Jahresversammlung des Iron und Steel Institute, London in diesem Jahre mitgeteilt wurden, wirken Verunreinigungen wie Schwefel und Wasser sehr ungünstig auf die Karburierung ein. Bei mehr als 12 Proz. Wasser erhält man eine rauhe Oberfläche, bei mehr als 30 Proz. Wasser wird der gehärtete Körper technisch unbrauchbar. Die große Festigkeit kann

Kollegen!

Die letzten Monate des laufenden Jahres müssen voll zur intensiven Verarbeitung ausgenutzt werden. Jeder ist an der Erstarkung seines Verbandes interessiert; stelle daher auch jeder seine Kräfte in den Dienst der Branchen- und Hausagitation!

band der westfälischen Hausbesitzervereine beim Provinzial-Landtag die Errichtung eines Standbüros zur Beschaffung von mildernden Tilgungsanleihen für Hausbesitz beantragt und die Gleichstellung mit dem landwirtschaftlichen Grundbesitz verlangt.

Aus Oberschlesien.

Auffschwung auf der ganzen Linie. Das ist kurz das Ergebnis des Geschäftsberichts, den der Vorstand des „Oberschlesischen Berg- und Hüttenmännischen Vereins“ in seiner Generalversammlung am 28. Juli durch Herrn Bergrat Williger seinen Mitgliedern vorlegen konnte. Die Absatzverhältnisse haben sich gebessert. Die Produktion hat eine gute Steigerung erfahren. Die Regierung hat zur Förderung der ober-schlesischen Industrie die Frachtsätze für Eisenerz um 1,40 Mk. bis 2,50 Mk. die Tonne herabgesetzt. Doch mit alledem will sich der Berg- und Hüttenmännische Verein noch nicht zufrieden geben. Mit Nachdruck soll Vater Staat weiter bearbeitet werden, damit er in den Geldbeutel greift und die Ober so halb wie möglich kanalisieren läßt und ebenso den Eisenbahnfrachttarif für Schwefelsäure herabsetzt. Man sieht, die ober-schlesischen Industriellen verstehen es, ihre Interessen durch eine machtvolle Organisation zu vertreten.

Wie sieht es aber mit den Arbeitern? Die Löhne sind die niedrigsten sämtlicher Industriebezirke Deutschlands. Die Ueberstunden stehen in höchster Blüte. Und doch steht der Jahressubstanz der ober-schlesischen Arbeiter um rund 700 Mark niedriger als der der Arbeiter im Essener Bezirk. Man sollte meinen, daß die Arbeitgeber, die mit ihrem Sammeln und ihren Petitionen vom Staate auf Kosten der Allgemeinheit solche Vorteile erzielt haben, nun auch den Arbeitern etwas Entgegenkommen zeigen und deren erbärmliche Löhne etwas aufbessern würden. Doch weit gefehlt! Dant Geschäftsbericht will man alles aufbieten, um jede Maßnahme der Regierung zum Schutze der Arbeiter unmöglich zu machen. Mit geradezu grausamer Deutlichkeit wird das in dem Programm, welches sich der Berg- und Hüttenmännische Verein für seine fernere Tätigkeit gestellt hat, ausgesprochen. Da heißt es u. a.:

„... lebentens, die Fortsetzung des alten Kampfes gegen die Sozialisten aller Art, d. i. insbesondere die verhängnisvolle (!) Richtung, welche sowohl in Preußen als vor allem auch im Reich die gesetzgeberische Tätigkeit schon seit langen Jahren verfolgt, sowohl auf dem Gebiete der steuerlichen Belastung, als auch auf dem Gebiete einer verkehrten Arbeiterfürsorge durch berg- und gewerberechtliche Maßnahmen, sowie durch sozialpolitische Neuerungen aller nur möglichen Art...“

Man sieht, für die ober-schlesischen Schachmacher sind alle Sozialpolitiker und in letzter Linie selbst unsere Minister „Sozialisten“, weil sie den Arbeiter nicht bedingungslos der Willkür kurzschäftiger Arbeitgeber ausliefern wollen. Herr Williger scheint zu ahnen, daß durch diese „Kosmetiker“ sich die gesetzgebenden Körperschaften nicht werden irren lassen und strecken das tun werden, was Gerechtigkeit und Volkswohl von ihnen fordern. Deshalb stimmte er wohl folgendes Klagegedicht an:

„M. S. Wenn auf allen bisher behandelten Gebieten unsere Arbeiter und Bemühungen wenigstens teilweise zu gewissen Erfolgen geführt haben, oder doch wenigstens einen Erfolg für die Zukunft versprechen, so ist leider unser Kampf gegen den verhängnisvollen Ueber-eifer auf sozialpolitischem Gebiete, obwohl wir ihn nach wie vor mit größter Entschiedenheit haben, so gut wie völlig ergebnislos geblieben. Auch das vergangene Jahr hat uns wiederum zwei Gesetze auf diesem Gebiete beschert — die neue Reichsversicherungsordnung und die Pensionsversicherung für Privat-angestellte — welche zweifellos gar manchen, auch von uns gebilligten Fortschritt auf dem Gebiete des Reichsversicherungs-wesens bringen, welche in Summa aber doch schließlich die deutsche Industrie mit weiteren Hunderten von Millionen jährlich belasten, und dazu noch den Fortbestand alter bewährter Wohlfahrts-einrichtungen un-

natürlich nur dem Härtemittel entstammen. Auch der Schwefel entstammt in den meisten Fällen dem Härtemittel, aus diesem Grunde eignet sich Koks-pulver nicht zur Oberflächenhärtung, man wählt vielmehr eine Kohle, welche schwefelfrei ist. In England benutzt man die Eisenkohle gern, in Schweden gewöhnlich Birkenkohle, und in Deutschland kommt vornehmlich Buchenholzkohle zur Anwendung. Die ungünstige Beeinflussung der Karburierung durch Schwefel wird auf Bildung von schwefeliger Säure zurückgeführt. Was soeben von der Oberflächenhärtung gesagt ist, gilt in gleicher Weise übrigens von der Zementation. Und das ist natürlich, weil beide Prozesse im letzten Grunde identisch sind.

Während also Feuchtigkeit und Schwefel die Karburierung hemmen, kann das Ammoniak den Prozeß begünstigen. Es beruht dieses wahrscheinlich darauf, daß das Ammoniak bei den hohen Temperaturen zerfällt, wobei der Stickstoff desselben mit der Kohle Cyan bildet, welches löslend wirken kann. Da Kohlenoxydgas stärker karburierend wirkt als das Cyan, wie wir schon erwähnt, so erklärt es sich leicht, daß seine Wirkung nicht durch Ammoniak erhöht wird.

Eine tadellose Härtung der Oberfläche ist natürlich genau so wie bei der Zementation nur dann möglich, wenn das ursprüngliche Eisen von bester Qualität ist. Ein Metall von gleichförmig körniger Textur, das arm an fremden Beimengungen ist, wird sich ausgezeichnet härten lassen.

Während die Zementflachfabrikation ihre einseitige Bedeutung verloren hat, tritt die ihr so nahe verwandte Oberflächenhärtung mehr und mehr in der Technik hervor. Es ist, wie wir andeuteten, nicht schwer, Maschinenteile bis zu einem beliebigen Grade durch oberflächliche Kohlung zu härten, ohne daß man dem Gegenstand seine ursprüngliche Elastizität nimmt.

serer Werke gefährden und zum Teil unmöglich machen. Zu dieser gelblichen Mehrbelastung treten die zahlreichen Belastigungen und Selbstkosten-Veränderungen durch berg- und gewerbspolizeiliche Maßnahmen aller Art. Es sei hier besonders der Bekanntmachung des Bundesrats, betreffend den Betrieb der Anlagen der Groß-eisenindustrie, der sogenannten Pausenordnung gedacht, deren scharfe Durchführung unsern Eisenhüttenwerken fortgesetzt betriebliche Störungen und Weiterungen empfindlicher Art, sowie erhebliche Geldkosten verursacht. Dabei sind, wie auch garricht anders zu erwarten war, die sozialdemokratischen(?) Urheber der Pausenverordnung mit dem Erreichten noch durchaus nicht zufrieden. Ihr ausgesprochenes Ziel, das sie mit allen Mitteln der Verhörung und Verunglimpfung unserer Industrie zu verfolgen bestrebt sind, ist vielmehr die Einführung des obligatorischen Achtstundentages für die Betriebe für die Groß-eisenindustrie und später — falls sie wirklich hiermit durchdringen sollten — für die gesamte deutsche Großindustrie überhaupt. Wie gewaltig groß die Schädigung der gesamten deutschen Industrie und ihrer Arbeiterschaft wäre, wenn die Sozialdemokratie dieses von ihr heißbegehrte Ziel erreicht, braucht hier nicht näher dargelegt zu werden; man kann wohl sagen, daß unsere Industrie geradezu der Vernichtung preisgegeben würde. — Auch die Verlängerung der Ausnahmebestimmungen für die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter in den Walz- und Hammerwerken, hier für die Heranbildung eines tüchtigen Arbeiterstammes so bringend nötigen (?) Bestimmungen, wurde von jener Seite mit dem heftigsten Beschrei, und sie wurde nur unter erheblichen Einschränkungen und erschwerenden Bedingungen erreicht werden. — Schließlich erinnern wir noch an die durch die letzte Novelle zur Gewerbeordnung gebrachte Einschränkung in der Beschäftigung weiblicher Arbeiter, namentlich auf den Steinkohlenbergwerken und in den Holzkaufläften, die nicht nur den Betrieben erhebliche Schwierigkeiten, Mehrkosten und Weiterungen verursacht hat, sondern auch den Arbeiterinnen selbst zum schweren Schaden ausgeschrieben ist. —

Ferner wird auch geklagt, daß die warnende Stimme der Großindustriekreise nicht gehört wurde, dagegen fanden die sozialistischen Ueber-eiferer und heuchlerischen Gegener der Industrie beim Reichstag ein bereitwilliges Ohr. Zum Schluß kommt dann nochmals die Versicherung, daß es von selten des Berg- und Hüttenmännischen Vereins keine Parolen geben wird in dem Kampf gegen die Sozialpolitik.

Aus der ganzen Dementation interessiert den Kenner der hiesigen Verhältnisse am meisten die Auslassung über das Verbot der Beschäftigung von Arbeiterinnen auf den Gruben und Koks-anstalten. So fortschrittlich unsere Industriellen sonst auf allen Gebieten sind, so rückständig und kulturfeindlich können sie sein, wenn es sich um ihren Profit handelt. Dann wissen sie auch der Welt plausibel zu machen, daß die Arbeiter durch diese oder jene Maßnahme geschädigt sind. Sie halten sich aber ängstlich, der Sache auf den Grund zu gehen. Denn, wenn durch das Verbot der Frauenarbeit auf den Gruben usw. manche Familie in ihrem Einkommen empfindlich geschädigt wird, so doch nur deshalb, weil die Löhne der Familienväter hier so miserabel niedrig sind. Das Volkswohl und nicht zuletzt das Interesse der Industrie selbst fordert gebieterisch das Verbot der Frauenarbeit in diesen Betrieben. Aber die Arbeiterinnen und die kulturell tiefstehenden Ausländer waren bisher die Werkzeuge in der Hand der Arbeitgeber, mit deren Hilfe der Lohn der männlichen Arbeiter auf der niedrigsten Stufe gehalten werden konnte. Die Mädchen mußten zum Teil dieselbe schwere Arbeit für 90 Pf. bis 1,50 Mk. verrichten, für welche man einem männlichen Arbeiter mindestens 2,50 Mk. geben mußte. Mögen die Arbeitgeber den Arbeitern nur einen hinreichenden Lohn geben, dann werden sie keinen Schaden durch das Verbot der Frauenarbeit haben; die Arbeiterin sucht nach dem Westen wird aufhören und man wird über Arbeitermangel in Oberschlesien nicht mehr zu jammern brauchen. Augenblicklich ist die Pflicht der hiesigen Arbeiter nach dem Westen so groß, daß sich der Berg- und Hüttenmännische Verein gezwungen sah, an die einzelnen Verwaltungen Fragebogen herauszugeben, um die Ursachen der Abwanderung festzustellen. Diese zu erraten dürfte unseres Erachtens nicht schwer fallen. Selbst die Galizier und Ruthenen, die doch gewiß keine hohen Ansprüche ans Leben stellen, scheinen keine hohe Meinung von den ober-schlesischen Löhnen zu haben, denn der Zuzug aus diesen Ländern hat fast nachgelassen. So soll nun ein Versuch mit jüdischen Arbeitern aus russisch-Polen gemacht werden. Doch, wie es scheint, mit wenig Erfolg, da die jüdischen Arbeiter der schweren Arbeit durchweg nicht gewachsen sind. Obgleich die Grubenverwaltungen alles tun, um diesen Arbeitern den neuen Beruf so leicht wie möglich zu machen, laufen diese scharenweise wieder davon.

Diese Zustände kann man für unsere Industrie nicht gerade als erfreulich bezeichnen. Die Schuld tragen die ober-schlesischen Industriellen selber. Während die Löhne ausreichend und die Behandlung besser sein, so würden sich genug hiesige Arbeitskräfte finden und man brauchte keine Ausländer heranzuholen. Doch vor dieser Tatsache scheint man die Augen zu verschließen. Man sucht nach einem Sündenbock, um ihn für den Arbeitermangel verantwortlich zu machen. Und siehe da, Herr Hilger ist es gelungen, die „Ursache“ des Uebels zu entdecken. Sofort hat er seine Entdeckung anläßlich des Uhrenfestes der Königs- und Laurahütte am Sonntag den 17. August der stammenden Mittwoch — laut Ratten-reiber Zeitung — mit folgenden Worten verkündet: „Wir könnten in Oberschlesien die besten Arbeiter haben, die man sich nur wünschen könnte, wenn nicht so viele Heher am Werke wären und wenn nicht zu viel Alkohol genossen würde...“

Herr Hilger ist hier wohl ein falscher Jungenschlag unterlaufen; jedenfalls wollte er sagen, „wenn nicht soviel Heher

am“ Werke wären.“ Sollte diese unsere Annahme richtig sein, so können wir das nur unterschreiben. Nirgendwo wird die Zahl der Vorgesetzten größer sein wie in Oberschlesien, die damit eine wahre Hejrag bei der Arbeit entfalten und das Neueste aus den Arbeitern herauskochen. Meinte aber Herr Hilger mit den Hebern unsere Gewerkschaftsangehörigen, so erlauben wir uns die Frage, was denn die Angestellten des Berg- und Hüttenmännischen Vereins sind? Jedenfalls haben Angestellte der christlichen Gewerkschaften noch niemals Regierung, bürgerliche Parteien und verbundene Sozialpolitiker, die sich der Arbeiterrechte und Interessen annehmen, die Arbeiter vor dem frühen Kuhn ihrer Gesundheit und ihre Hinterbliebenen vor der bittersten Not zu schützen bestrebt sind, als Sozialisten verächtigt und beschimpft? Durch ihre Beschimpfungen wollen solche „Heher“ leben, sei es eine Person, Partei oder Korporation abzuschrecken, für die Arbeiter einzutreten. Es dürfte Herrn Williger bekannt sein, daß unser Verband sich ganz besonders um einen besseren Schutz der Arbeiter in der Schwerindustrie bemüht, wie er noch längst auf der letzten Generalversammlung erriet die Forderung der Achtstundentage für die Generalarbeiter erhob und mit durchschlagendem Material begründete. Auch unsere Stellung zur Nachtarbeit der Jugendlichen in den Walz- und Hammerwerken ist dem Herrn bekannt. Wenn wir in diesen Fragen eine andere Stellung einnehmen, wie die ober-schlesischen Industriellen, so befinden wir uns damit in guter Gesellschaft. Wenn der Berg- und Hüttenmännische Verein uns deshalb Sozialisten und Sozialdemokraten schimpft, so macht dieses Manöver auf denkende Leute gerade so wenig Eindruck, als wenn er früher von Sozialdemokraten sprach, die sich ein christliches Mäntelchen umhängen. Kurzsichtiges Profitinteresse trägt eben fast durchweg die gesunde Urteilsfähigkeit. Schaffen sich die Arbeitgeber starke Organisationen, um als Diktatoren aufzutreten zu können, so geschieht das nur — im Interesse des Volkes. Die Führer dieser Organisationen werden als Wohltäter der Menschheit beschimpft. Organisieren sich hingegen die Arbeiter, so geschieht das angeblich nur aus Uebermut und Begehrlichkeit und die Führer der Arbeiter werden als Heher verächtigt und beschimpft. — Werden der ober-schlesischen Industrie auf Kosten der Gesamtheit Millionen vom Staate geopfert, so ist das in den Augen gewisser Leute nur eine Selbstverhändlichkeit, die sie nur als Wohlthat betrachten. Wird aber zu gunsten der Arbeiter ein Gesetz geschaffen, so bedeutet das bei denselben Leuten den „Ain der deutschen Industrie“.

Arbeiter Oberschlesiens! Hier zeigt sich deutlich, was wir von dem „Wohltäter“ dieser Kreise zu erwarten haben. Wenn uns einmal nach 20jähriger Tätigkeit in ein- und demselben Betriebe mit salbungsvollen Worten eine Uhr, ein Paar Wirken, eine Semmel und ein Glas Bier geschenkt — und bei dieser Gelegenheit „arbeiterfreundliche“ Neben-geschwungen werden, so ist das alles nur darauf berechnet, die Öffentlichkeit über die wahre Lage der Arbeiter zu täuschen und denen, die nicht alle werden, Sand in die Augen zu streuen. Wie wir aus dem Geschäftsbericht gesehen haben, schänden die Herren, wenn sie unter sich sind, daß sie den Kampf gegen jeden, der es wagt, für die Arbeiter einzutreten, aufzunehmen werden. Sprechen sie vor den Arbeitern, so hört man von „Wohltäter“. Lassen wir uns nicht durch berattene Vordruse für die gelben Hütten- und Gesangsvereine einfangen, sondern organisieren wir uns in einer selbständigen Ständesorganisation, im christlichen Metallarbeiterverband. Dieser Verband hat ganz besonders für die Hütten- und Walzwerksarbeiter große Opfer gebracht. Er ist es gewesen, der als erste Organisation seine Stimme für diese Arbeiter in der Öffentlichkeit erhoben hat. Dem christlichen Metallarbeiterverband haben wir es zu verdanken, daß die Bundesratsverordnung betreffend der Pausen erlassen worden ist. Wenn diese aber nicht eingehalten werden, so liegt die Schuld nur an uns. Weil wir diesem Ver-bande nicht angeschlossen sind, brum können wir unsere Rechte nicht verteidigen. Deshalb hinein in den christlichen Metallarbeiterverband! Suche jeder neue Anhänger zu gewinnen; haben wir einen starken Verband im Rücken, so werden auch für uns in Oberschlesien bessere Zeiten anbrechen. C.

Aus den gelben Niederungen der Oberpfalz

berichtet uns ein Kollege unter Hinweis auf den Artikel „Aus der Oberpfalz“ in Nr. 34 unsern Organs allerhand Erlebnisse, die das gelbe System so recht kennzeichnen. Für heute geben wir daraus an dieser Stelle nur ein paar Einzelheiten wieder:

In dem Amberger Emailier- und Stanzwerken, so heißt es in dem Bericht, sind die Gelben seit Jahren am Ruder, ohne auch nur im geringsten für einigermaßen auskömmliche Löhne geforgt zu haben. Der Arbeiterausfluß vertritt keine Lohnforderungen. Die Arbeiter müssen, wenn die bitterste Not ihnen keinen anderen Ausweg mehr läßt, einzeln selber um mehr Lohn bei den Vorgesetzten betteln. Und mit welchem Erfolge? — Kommt da eines Tages ein in den gelben Verein gezwungener Arbeiter zu seinem Vorgesetzten und bittet flehentlich um etwas mehr Lohn. Er erzählt, daß er bei den hohen Lebensmittelpreisen nicht mehr auskommen könne; seine große Kinder-schar dürfe er auf die Dauer nicht mehr so hungern lassen wie in letzter Zeit. Dem gestrengen Herrn Vorgesetzten aber, der Tag und Nacht auf gelbe Art für das „Brot“ seiner Untergebenen besorgt ist, fällt es gar nicht ein, auch nur im geringsten die Verhältnisse zu untersuchen. Kalt fertigt er den Arbeiter ab mit der Bemerkung: „Da muß man sich eben nicht so viele Kinder...“ Ob dieser unerhörten Verhöhnung geriet denn auch das Blut des im Brot für seine Kinder bettelnden Arbeiters in Wallung und er rief: „Sie sind mir ja ein schöner Vorgesetzter, ein netter Christ sind Sie!“ Der also zurecht gewiesene Herr aber

meinte begütigend, der Arbeiter möge sich nur beruhigen, er habe es nicht so gemeint. Damit war dann die Geschichte erledigt und der Familienvater mag sehen, wie er fürber mit seinem erbärmlichen Lohn runde kommt.

Ich habe nach diesem Vorfall die Bude verlassen. Es lag mir im Herzen wohl, wenn ich sah, wie die zu Gelben erzeugten Arbeitsbrüder, bloß um einen freundlichen Blick von oben zu empfangen, einander verfluchten und demütigten. Kein Wunder, daß es keinen Betrieb in Vöding gibt, wo die Arbeiter so schlecht stehen, wie hier. Gar manche von ihnen leiden tatsächlich an Unterernährung und Hunger. So erklärt es sich auch, daß eine Anzahl Arbeiter, die dem Glend in diesem gelben Betriebe zu entsetzlichen Gedanken und am heftigen Hochföhen Arbeit annahmen, schon nach zwei bis drei Tagen erklären mußten, „wir können nicht mehr.“ Infolge jahrelanger Entbehrungen war eben ihr Körper der schwachen Arbeit nicht gewachsen. Kehrt dann ein Arbeiter nachgedrungen wieder in den alten Betrieb zurück, so tun sich gewisse Leute nicht wenig darauf zu gute und meinen: „Dier muß es doch noch gut sein!“

Nachdem ich den Staub Amberg's von den Füßen geschüttelt, nahm ich Arbeit in Rosenbergr. Hier wirkte ich auch bald, wie es steht. War es doch in Rosenbergr, wo es der gelbe Arbeiterausfluß sich sogar fertig gebracht hat, die durch den christlichen Metallarbeiterverband gestellte Lohnforderung einer Abteilung Maschinen zurückschreiben mit der Begründung: „Das kommt von Aufsehenstehenden und sind Wünsche einzelner.“ Das nennt sich dann noch mit der harmlosesten Miene von der Welt Arbeitervertreter. Wöfe Menschen behaupten freilich, daß diese „tiefergründige“ Begründung gar nicht einmal geistiges Eigentum des gelben Arbeiterausflusses sei. Doch sei dem wie ihm wolle. Seine Wappenheilmer lernt der Gewerkschaftler auch in Rosenbergr schnell kennen. Die Gelben wissen hier ganz gut, was der christliche Metallarbeiterverband schon alles geleistet hat. Ja, sie würden sogar mit Freuden Mitglied sein, wenn es ginge — ohne Opfer zu bringen. Die Gelben wissen nur zu gut, daß vor 10 Jahren, als noch kein Verband da war, die Arbeiter der Maßhütte mit einem Lohn von 1,70, 1,80 und 1,90 Mark abgefertigt wurden. Dann kam der christliche Metallarbeiterverband und stellte von Jahr zu Jahr Forderungen — und heute darf man doch sagen, daß der Lohn trotz aller gelben Untätigkeit und Quertreibereien schon etwas über 3 Mark steht. Die Gelben wissen auch, wenn sie jeden Fortschritt in dieser Beziehung verbanden; hat doch der gelbe Verein bis heute noch keine Lohnforderung gestellt. Jahr um Jahr aber kann man aus gelbem Munde die Frage an unsere Mitglieder vernehmen: „Wie ist es denn, macht ihr dieses Jahr gar nichts?“ — Das spricht für den klunigen Wände.

Ja, gelbe Wertvereinsmitglieder der Maßhütte geben sogar rüchlos zu, daß sie ihre Weihnachtprämie eigentlich nur dem Verband verdanken — die weil doch selbst ihre Arbeiterausflußmitglieder nur ein Delorationsstück seien, die ernstlich nicht einmal für einen ihrer gelben Arbeitskameraden eintreten dürften. So fertigte z. B. ein Vorgesetzter einmal einen dieser Leute, der sein Amt ernst aufzufassen schien, mit den Worten ab: „Sie mit Ihrem Arbeiterausflußmitglied können mir den Buckel runter rutschen!“ Der also Abgewimmelte muß das man nicht „richtig“ ausgefaßt haben; denn er erzählte sein Erlebnis weiter und es kam so zu Ohren des gelben Vorstandes. Es folgte eine Sitzung. Dort wurde dann „festgestellt“, daß man die andern nicht gemeint habe, — und die Geschichte war erledigt. Nicht ganz! Die Firma weiß, was sie den Gelben bieten darf — und so wurde denn der eine, der „gemeint“ war, gekündigt — weil er gelogen habe. Und — über allen Wipfeln ist Ruh, ehrfürchtiges Schweigen herrscht im gelben Sumpf; niemand wagt darwider. . .

Ein Zwangsgelber, der eine Lohnneigabe des christlichen Metallarbeiterverbandes mit unterzeichnet hatte, wurde vom Vorstand aus dem gelben Verein ausgeschlossen. Da zeigte es sich denn, daß selbst die Frauen vielfach im gelben Banne stehen. Der Mann erhielt zur Strafe fortan nur noch Kartoffelsuppe, weil er durch sein Eintreten für einen ausländischen Lohn den Anspruch auf — die gelbe Weihnachtprämie verloren habe. Wie Figura zeigt, droht die „gelbe Kultur“ also sogar den wirtschaftlichen Sinn unserer Arbeiterhausfrauen in das Gegenteil zu verkehren. . .

Wie sind nun aber die offensichtlichen Schäden für die Arbeiter in den gelben Niederungen zu beheben? Die Antwort auf diese Frage ist nicht allzufürher. Wir brauchen nur in unser Verbandsorgan zu schauen. Hier wird jede Woche von Vorteilen und Verbesserungen berichtet, die die Kollegen durch die gewerkschaftliche Arbeit erzwingen haben. Warum soll die gleiche erfolgreiche Arbeit in dieser Gegend nicht möglich sein? Unsern Metallarbeitern tut nur die Einigkeit not! Solange die nicht vorhanden ist, wird es nicht besser. Wie lange noch, so frage ich, wollen die oberpfälzischen Arbeiter noch so gleichgültig in den Tag hineinleben und sich von den Werken in gelben Vereinen entscheiden und entmündigen lassen. Kollegen, es wird die höchste Zeit, daß ihr selbst einmal die Vertretung eurer wirtschaftlichen Interessen in die Hand nehmt. Heraus aus dem gelben Sumpf! Schließt euch einer selbständigen Arbeiterorganisation, dem christlichen Metallarbeiterverband an, damit wir uns endlich das in gemeinsamer Arbeit erzwingen können, was man uns solange ungerader Weise vorenthalten hat.

Der Arbeitsmarkt im Juli.

Von einem Abflauen der bestehenden Hochkonjunktur ist noch nichts zu merken — im Gegenteil treffen immer wieder neue Nachrichten ein, die einen erhöhten Optimismus für die fernere Entwicklung hervorgerufen. Besonders werden die Berichte aus unserer Industrie als Kronzeugen für den günstigen Stand unserer Volkswirtschaft angeführt. Der Arbeitsmarkt in seiner Gesamtheit hat mit der optimistischen Hausstimmung bisher nicht recht harmonisiert — seine Lage hand sogar vielfach in einem Gegensatz zu ihr. Die Entwicklung im Vergleich zum Vorjahr ist tatsächlich nicht derart, daß man von einer dauernd günstigeren Gestaltung sprechen kann. Viel zu diesem Stand des Arbeitsmarktes haben allerdings die Verhältnisse auf dem Baumarkt beigetragen: welche die denkbar ungünstigsten sind. Eine besondere Belebung ist auch jetzt nicht bemerkbar, wenngleich sich die Lage anscheinend etwas gebessert hat.

Auf 100 offene Stellen kamen insgesamt im Juli 140 Arbeitsgesuche männlicher Personen, gegen 146 im Vormonat Juli und 141 im gleichen Monat des Vorjahres. Wir haben also, wie es nicht von allen Monaten gesagt werden kann, eine Besserung des Arbeitsmarktes gegen den gleichen

Monat des Vorjahres, die allerdings so geringfügiger Natur ist, daß sie kaum in Betracht kommt. Der Stand im Juni 1912 war der gleiche, wie der im Juli 1911. Gegen den Vormonat weist der Juli eine bedeutende Verbesserung auf. Der Arbeitsmarkt für weibliche Personen gestaltet sich aus schon öfters angeführten Gründen zu Zeiten der Hochkonjunktur gern ungünstiger als zu Zeiten sinkender. Der Juli weist nun zwar gegen den Vormonat eine erhebliche Besserung auf, bleibt aber im Vergleich zum gleichen Monat des Vorjahres erheblich zurück. Es kamen auf 100 offene Stellen im Juli 97 Arbeitsgesuche, gegen 101 im Vormonat und 89 im Juli 1911.

Bei 719 (716) Arbeitsnachweiser sind im Juli (Juni) 393 000 (370 000) Arbeitsgesuche männlicher Personen eingelaufen, denen 281 000 (254 000) offene und 237 000 (214 000) vermittelte Stellen gegenüberstanden. Die Vermehrung des Arbeitsangebots wirkt in diesem Falle nicht ungünstig, da ihr eine relativ stärkere Nachfrage gegenübersteht. Von weiblichen Arbeitskräften sind 76 000 (79 000) Arbeitsgesuche eingelaufen, denen 79 000 (86 000) offene Stellen und 48 000 (48 000) Vermittelungen gegenüberstanden.

Der Arbeitsmarkt weist — was männliche Arbeiter betrifft — gegen den Juni keine Veränderungen auf. In der Gruppe der Metallverarbeitung und Industrie der Maschinen, Instrumente und Apparate kamen auf 100 Stellen 180 Arbeitsgesuche gegen ebensoviele im Juni (im Mai 194!) und 178 im Juli des Vorjahres. Der Stand von 180 ist im letzten Halbjahr nur im März unterboten worden, wo auf 100 offene Stellen nur 156 Angebote kamen. Eine recht erfreuliche Besserung weist der Arbeitsmarkt für weibliche Personen auf — wenigstens gegen den Vormonat. Auf 100 offene Stellen kamen 160 Arbeitsgesuche gegen 181 im Juni und allerdings nur 130 im Juni 1911. Noch in keinem Monat dieses Jahres war der Stand günstiger als im entprechenden des Vorjahres.

Bei der erwähnten Anzahl von Arbeitsnachweiser sind aus der genannten Gruppe insgesamt 81 122 Arbeitsgesuche eingelaufen, denen 45 107 offene Stellen und 39 076 Vermittelungen gegenüber standen. Im Vormonat lagen 87 289 Arbeitsgesuche gegen 48 440 offene Stellen und 43 176 Vermittelungen vor. Angebot und Nachfrage verglichen, hätte sich also der Markt, was das obige Ergebnis bestätigt, verbessert. Die Arbeitslosen Zahl hat sich im Vergleich zum Vormonat bei den verschiedenen Verbänden nicht geändert.

Aus der Arbeiterbewegung.

„Es nützt doch nichts!“

Gar oft begegnen unsere bei der Agitation tätigen Kollegen einer Spezies von Zweiflern, die sich absolut nicht von der Notwendigkeit und Nützlichkeit der gewerkschaftlichen Organisation überzeugen lassen wollen. Mit dieser Art Skeptiker befäßt sich unser Bruderorgan, „Der Deutsche Arbeiter“, in seiner letzten Nummer und wirft die Frage auf: Was soll man diesen Zweiflern auf ihre Einreden antworten? Soll man ihnen in langer, eingehender Beweisführung ihren Skeptizismus anszureden suchen? — Hat gar keinen Zweck! Denn sie werden zumeist auf alle unsere gutgemeinten Darlegungen nur die eine stereotype Antwort haben, die gerade für sie so typisch ist, daß nämlich alles das ihnen, gerade und einzig ihnen, doch nichts nützt, weil sie z. B. Man kennt ja das Lied von den berühmten „besonderen Verhältnissen“. Redet man aber lange auf sie ein, dann haben sie Zeit, ihre Gedanken zu sammeln und auf eine neue Ausflucht zu konzentrieren. Soviel Zeit darf ihnen gar nicht gelassen werden.

Oder soll man ihnen mit der ernsten trockenen und in vielen Fällen so unwillkürlichen Sprache der Zahlen zu Leibe rücken? Auch das scheint uns hier nicht zu verlangen. Denn jenen Skeptikern sind die betreffenden Zahlen meist wohl bekannt. Es mag Zeiten geben, wo dieselben auch auf sie ihre Einwirkung nicht verfehlen. Aber jetzt, nachdem sie sich einmal in ihrem Skeptizismus hineingeböhrt haben, prallen die Zahlen von ihnen ab, wie die Pfeile von einem undurchdringlichen Panzer.

Was soll man denn tun?

Unseres Erachtens gibt es auf das trübselige „Es nützt doch nichts!“ nur eine durchschlagende Antwort — eine Antwort, die eigentlich gar keine ist, sondern vielmehr eine Frage darstellt. Man beantworte die mißgelaunte, verärgerte Ausflucht, so wie sie hervorgebracht wird, mit einem prompten „Warum?“. Diese prompte Frage macht die Leute perplex, läßt ihnen keine Zeit zur Sammlung und zur Heranbringung neuer Ausflüchte. Folgt auf das „Es nützt doch nichts!“ sofort die Frage „Warum?“, dann sind die Bestimmten sofort in die Enge getrieben. Es zeigt sich sofort, daß sie über den Grund ihres Pessimismus — welcher „Grund“ natürlich in Wirklichkeit gar nicht vorhanden ist — noch mit keinem Gedanken nachgedacht haben. Es zeigt sich, daß es sich um eine bloße Bestimmung, eine Laune handelt. Und so vor die verblüffende Frage „Warum?“ gestellt, kommt den Leuten erst eigentlich zum Bewußtsein, welche klägliche Figur sie im Grunde genommen spielen, welche eine Hymne es eigentlich ist, in einem Kampf, den sie vielleicht jahrelang gekämpft haben, auf einmal, aus bloßer Verärgerung heraus, die Finte ins Korn zu werfen. Sie werden sich, kurz gesagt, schämen, und schließlich froh sein, wenn wir unsere Strafpredigt nicht zu lange ausdehnen. Hat man einmal den Arbeiter bei seiner Ehre, dann ist man weit genug, der Skeptizismus ist verlogen!

Für die christlichen Gewerkschaften, gegen die Gelben

iprach sich der „Reichliche Verband christlicher (evangelischer) Arbeitervereine“ auf seinem letzten Verbandstag aus. Es handelte sich um den Verbandstag in der Hauptstadt um die Frage, „ob und wie der Verband mit den anderen Richtungen der nicht sozialdemokratischen Arbeiterbewegung zusammengehen könne“. Herr Pastor Richte-Königsvalde hielt über diese Frage einen sehr eingehenden Vortrag. Nachdem er auf das Ausmaß der sozialdemokratischen Gefahr hingewiesen und diese nach der nationalen, wirtschaftlichen und religiösen Seite treffend charakterisiert hatte, lenkte er den Blick auf die verheißungsvollen Ansätze, dieser Gefahr aus dem Volke heraus zu begegnen. U. a. führte er aus:

„Der nationale Arbeiterkongreß umfaßt heute 1 1/2 Millionen Arbeitnehmer, aber diese Bewegung ist innerlich nicht einheitlich. Gegenüber dem Birken der christlich-nationalen Arbeiterbewegung bedeutet die sogenannte „gelbe“ eine Hemmung. Ertiere, einschließlich der christlichen Gewerkschaftsbewegung, steht nicht auf dem Boden des Klassenkampfes, ist

an sich wirtschaftsfriedlich. Deshalb ist es unrecht, daß die sogenannte gelbe Bewegung das für sich allein in Anspruch nimmt. Die Grundinteressen von Arbeitgebern wie Arbeitnehmern sind dieselben. Nicht aber treffe es zu, wie die Gelben sagen, daß es nur gemeinsame Interessen gibt. Das Recht zur Wahrung der Sonderinteressen der Arbeitgeberschaft wie der Arbeitnehmerschaft wird ja vom Staate anerkannt durch die gesetzlich vorgeschriebene Koalitionsfreiheit. Wer Ausperrung wie Streik sind ein zweifelhafte Schwert. Deshalb sucht die christlich-nationale Arbeiterbewegung den Streik zu meiden, soweit es unter Wahrung der berechtigten Interessen der Arbeiterschaft angängig ist. Gegenüber den parteipolitisch-neutralen, aber nationalen evangelischen Arbeitervereinen bedeutet die jüngst im Anschluß an die Fortschrittliche Volkspartei geschaffene liberale Arbeiterbewegung nur eine neue Zerspaltung. Diesen Erscheinungen gegenüber muß in der nationalen Arbeiterbewegung auf Einheitlichkeit wie auf Ausdehnung hingearbeitet werden. Jetzt heißt es, hinaus in die Massen, aus ihnen herüberziehen, was möglich ist, und damit mit dem christlich-nationalen Geiste durchbringen. Jetzt muß die Bewegung eine intensivere Agitationsmethode anwenden, um in eine Ausdehnungsperiode einzutreten.“

Nach einer sehr ausgedehnten und lebhaften Debatte wurde schließlich folgende Resolution angenommen:

„Der Reichliche Verband christlicher Arbeitervereine behauert auf seinem 6. Verbandstage am 18. August in Schleiß auf die tiefste die Gründung der gelben Wertvereine, die er als Hemnis der christlich-nationalen Arbeiterbewegung ansieht. Er erklärt, weiterhin festhalten zu wollen an den bisher bewährten Grundsätzen der christlich-nationalen Arbeiterbewegung und seiner statutarisch festgelegten freundlichen Stellung zur christlichen Gewerkschaftsbewegung.“

Der Verbandstag der kath. Arbeitervereine Süddeutschlands gegen die Gelben.

Der Verband süddeutscher Arbeitervereine mit über 108 000 Mitgliedern hat auf seinem am 25. und 26. August in Schwab-Bisch-Omiind abgehaltenen 20. Delegiertenstag folgende Resolution gegen die gelben Arbeitervereine angenommen:

„Der Verbandstag bleibt unverändert bei der Beurteilung dieser Vereine, wie er sie in der auf dem Verbandstage zu Rempten im Jahre 1908 gefaßten Resolution ausgesprochen hat, wonach er in den gelben Gewerkschaften keine wirtschaftliche Organisation des Arbeiterlandes erblickt und als solche für die katholische Arbeiterschaft nur die christlichen Gewerkschaften bezeichnet. Der Verbandstag fordert die Bezirksleitung auf, in ihren Bezirken ein offenes Auge darüber zu halten, ob gelbe Gewerkschaften bestehen, oder sich Bestrebungen für dieselben bemerkbar machen und unter den Mitgliedern der Arbeitervereine eine dahingehende Propaganda entfaltet wird. Er fordert in solchen Fällen die Bezirksleitung auf, das Thema über die gelben Gewerkschaften auf der nächsten Bezirkskonferenz sowie in den Vereinen des Bezirkes zu behandeln und auf alle mögliche Weise die Arbeiterschaft über den wahren Charakter dieser Organisation aufzuklären und zu denselben die in der Remptener Resolution gegebene Stellung einzunehmen.“

Arbeiter, welche sogenannten freien (sozialdemokratischen) Gewerkschaften oder solchen Vereinen angehören, die das freie Koalitionsrecht der Arbeiter verbieten (gelbe Gewerkschaften), können nicht in die katholischen Arbeitervereine aufgenommen werden, bezw. können in der Regel nicht Mitglieder bleiben; mindestens dürfen solchen Mitgliedern keinerlei Ehrenämter übertragen werden.“

Den führenden Kreisen der gelben Arbeitervereine ist diese Stellungnahme der konfessionellen Arbeitervereine sehr unangenehm, und sie erheben in ihren Versammlungen und Organen erregten Widerspruch. Das kann allerdings nichts daran ändern, daß die konfessionellen Ständevereine wie alle recht denkenden weiterblickenden Kreise jede Gemeinschaft mit der gelben Bewegung entschieden von sich abweisen.

Rundschau.

Die regelmäßige Nacharbeit wird im Bericht der preußischen Gewerkschaftsbehörde (Bezirk Biegnitz, S. 182/1912), als böser Feind des Arbeiterschutzes bezeichnet. Aus diesem Grunde veranlaßte der Gewerkschaftsinspektor, daß einer Kunstvollfabrik in Sagen auf Grund des § 120e der Gewerbeordnung verboten würde, Arbeiter in der Nacht zu beschäftigen, die das 18. Lebensjahr noch nicht erreicht haben.

Das ist ohne Zweifel eine ganz vernünftige Anordnung. Wenn nun, wie im vorliegenden Falle, durch solche Erlasse, weber die Ausbildung der Arbeiter noch die Wirtschaftlichkeit des Betriebes in Frage gestellt wird, warum gestattet denn die Behörde die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter in Walz- und Hammerwerken. In diesen feuerpeinenden Ungetümen ist die Arbeit jedenfalls anstrengender und gesundheitsschädlicher wie in der Wollfabrik. Es ist nicht einzusehen, daß die Annahme zugunsten von Walzwerken irgendwie begründet ist, deswegen sollte sie so schnell wie möglich verschwinden. Die Jugendlichen in den Walz- und Hammerwerken sind der Nachruhe dringend bedürftig.

Die geplante Wänderung der Gewerbeordnung, die auf eine Neuregelung des Anmierzweipensens, Waffentragens usw. hinausläuft, findet nicht nur die Zustimmung der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ (Nr. 1037/1912), sondern das Blatt macht dazu folgende bemerkenswerten Ausführungen:

„Die schon an sich große Anzahl von Gewerbeordnungs-nobellen wird also gegebenenfalls um eine neue vermehrt werden. Darin ist kein schlechtes Zeichen der Zeit zu erblicken. Im Gegenteil, es ist durchaus zweckmäßig, daß sich die Gewerbebegehung dem Wechsel der Wirklichkeitsverhältnisse möglichst schnell anpassen versucht, und zwar um so mehr, als die Ausgestaltung des deutschen Gewerbes für das letztere mit allergrößtem Nutzen verbunden ist.“

Ganz unsere Meinung. Wenn es aber zweckmäßig ist, daß sich die Gewerbebegehung den Wirklichkeitsverhältnissen anpaßt, warum denn nicht auch in der Frage der Arbeitszeit in der Großindustrie? Mühte doch selbst die „Köln. Zig.“ zugeben, daß die Arbeitszeit in der schweren Industrie nicht im Einklang steht mit den sozialen Anschauungen unserer Zeit.

Eine Kapitalverwertung großen Stils plant die Akkumulatorenfabrik A. G. in Berlin und Sagen. Die Aktien dieser Gesellschaft werden zurzeit an der Börse mit 550 000 notiert. Das Aktienkapital soll von 4 auf 8 Millionen erhöht, also verdoppelt werden. Die Aktionäre sollen die neuen Aktien

zu 110% erhalten, d. h. die Aktienhaber erhalten eine Aktie, die einen Wert von 5500 Mark darstellt, für 1100 Mark. Sie zahlen also für eine Aktie, für welche sie die volle Dividende erhalten, genau den fünften Teil des wirklichen Wertes. Das ist ein Geschäft. Inzwischen redet die Unternehmerpresse von einer unerträglichen Verelendung durch die Sozialpolitik.

Aus der Metallindustrie. Der Rhönzugsabfluß übertrifft, wie die Handelspresse mitteilt, alle Erwartungen. 37 Millionen Mark Rohgewinn, 29 Millionen Reingewinn und 18 Prozent Dividende sind Zielvorgaben für das Werk und in ihnen spiegelt sich die glänzende Entwicklung der Metallindustrie Deutschlands im abgelaufenen Geschäftsjahr. — Der Georgs-Marien-Bergwerksgesellschaft und Hüttenverein in Osnabrück erzielte einen Reingewinn von 2 491 000 Mark. Die Dividende beträgt 7 Prozent. — Das Stahlwerk Wedder in Wüllich verzeichnet einen Reingewinn von 1 190 000 Mark. Die Dividende beläuft sich auf 8 Proz. — Der Lothringer Hüttenverein Aumetz-Friede erzielte einen Reingewinn von 9 834 000 Mark, an Dividende sollen 12 Proz. verteilt werden. — Die Düsseldorf Eisen- und Drahtindustrie schließt das Jahr 1911/12 mit einem Reingewinn von 492 000 Mark, die Dividende beträgt 8 1/2 Proz. — Das Gussstahlwerk Witten erzielte einen Rohgewinn von 1 737 000 Mark. Dividende wird 12 Proz. verteilt. — Die Flensburger Schiffbau-Gesellschaft verzeichnet einen Verlust von 168 000 Mark, trotzdem werden 4 Proz. Dividende verteilt. Verlust und Dividende machen zusammen 300 000 Mark aus, welche dem Verwaltungsbeirat entnommen werden sollen, dieser verringert sich dadurch auf 700 000 Mark.

Unzulässige Verallgemeinerungen und tendenziöse Schlussfolgerungen erlauben sich in letzter Zeit wieder in verstärktem Maße eine Reihe von Arbeitgeberorganen und verschiedenen, diesen Kreisen nahestehende Tageszeitungen.

Man schildert da die kritische Entwicklung mancher gewerblichen Kämpfe in England, zieht Konsequenzen daraus — wogegen wir uns sicher nichts einwenden wollen —, überträgt diese Konsequenzen aber ohne Einschränkung auf deutsche Verhältnisse, obwohl hier die wesentlichsten Voraussetzungen dafür nicht gegeben sind. So auch jetzt wiederum bezüglich des kürzlich beendigten Londoner Dockarbeiterstreiks. Selbst sozialistische Gewerkschaftsorgane haben diesen Streik, auch die Zeit seiner Infamierung und Durchführung, in der denkbar schärfsten Weise verurteilt, weil er jeder vernünftigen Gewerkschaftstaktik Hohn sprach. Ent nichts: Man benutzt die Gelegenheit, um auch in Deutschland gegen die Gewerkschaftsbewegung allgemein zum Kampf aufzurufen. Das ist eine direkte Ungehörigkeit, der die auf Sachlichkeit wertende Presse umso nachdrücklicher entgegenzutreten muß, als die Sache auch ihre Gefahren in sich schließt.

Die kritische Aufspaltung der letzten großen englischen Lohnkämpfe, insbesondere aber des Dockarbeiterstreiks, ist auf das Hineinragen syndikalistischer Ideen in die beteiligte Arbeiterschaft zurückzuführen. Die syndikalistische Propaganda konnte mit einem Schein von Berechtigung darauf hinweisen, daß der Syndikalismus, dessen Schlagtrug der restlose Übergang der einzelnen Industrien in die ausschließliche Verwaltung der betreffenden Arbeiterkategorien ist, in den großen Transportarbeiterkämpfen des Vorjahres sich erfolgreich erwiesen habe. Der jüngste Londoner Dockarbeiterstreik bedeutet aber eine ungeheure Niederlage des Syndikalismus. Läßt man die Tatsachen in ihrer klaren Sprache allein auf die Arbeiter wirken, dann wirken sie zweifellos ernüchternd. Nicht aber, wenn man sie einseitig darstellt, oder gar für solche Länder unzulässige Analogien daraus zieht, deren Arbeiterschaft, wie die deutsche, dem Syndikalismus in überwiegender Mehrheit ablehnend gegenüber steht. Das Vorgehen der Unternehmerpresse begünstigt nur die Ausbreitung der von gewisser Seite geflüstert genährten Ideen, daß die organisierte Arbeiterschaft allgemein en caudille behandelt werden solle und treibt viele dem Sozialismus geradezu in die Arme. Das hieße eine schiefse Ebene betreten, die für unser gesamtes Gesellschaftsleben verhängnisvoll werden müßte.

Einer, dem's zu dumme wurde im roten Lager, ist der langjährige Vorsitzende der Zahlstelle Bremerhaven des sozialdemokratischen Holzarbeiterverbandes, Angeloh. Als letzthin die roten Tischler dort mit Stimmenmehrheit den Streik beschloßen, schlug er sich zu denen, die nicht mitmachten. Wie das rote Parteibüro für Bremerhaven mitteilt, war Angeloh „seinerzeit zugleich Vorsitzender des Gewerkschafts-fachrats und beinahe einst als Geschäftsführer der hiesigen Zahlstelle gewählt worden.“ Angeloh schweigt zu seiner Charakterisierung als Streikbrecher durch die rote Presse nicht still, sondern läßt eine Gegenerklärung los, die dem sozialdemokratischen Verbände gerade nicht zur Ehre gereicht. U. a. schreibt er:

„Drei und offen erkläre ich (was ich immer getan), daß ich schon vor zehn Jahren für die neunehalbstündige Arbeitszeit eingetreten bin und viele Verbesserungen für meine Kollegen geschaffen habe, aber immer zu einer Zeit, wo ich es vor mir selbst verantworten konnte. Wer jetzt einen Streik zu beschließen, wo die Konjunktur eben anfängt, sich zu heben, ist mehr als frivol. Am 6. Juni 1912 hat die Bremerhavener Zahlstelle des Deutschen Holzarbeiterverbandes einen Streik beschloßen, der jeglicher berechtigten Grundlage entbehrt. Von den über 100 Meistern hatten nur eben ein Duzend nennenswerte Arbeit. Alle übrigen waren froh, ihre Gesellen auf so billige Art und Weise losgeworden zu sein. Mit dem Beschluß vom 5. Juni 1912 wird keinem Tischlergesellen irgendwelche Verbesserung gebracht, sondern viele Existenzen sind berechtigungslos vernichtet. Die erste Vorbedingung zu einem Streik muß vor allen Dingen auf eine einigermaßen günstige Konjunktur gestützt sein. Diese geht uns hier aber vollständig ab. Dagegen hat noch ein großer Teil Tischlergesellen unter den Nachwehen der Geschäftsflaute zu leiden. Nun sollen wir bis ins unendliche streiken, nur um des Streiks willen? Ich war immer für einen frisch-fröhlichen Kampf im rechten Augenblick. Aber diesen Streik, den ich als Verbrechen an meinen Arbeitskollegen halte, kann ich nicht mitmachen. Deshalb habe ich nunmehr am 1. August d. J. meinen Austritt aus dem Holzarbeiterverband erklärt.“

Der „Holzarbeiter“, das Organ des christlichen Holzarbeiterverbandes bemerkt mit Recht hierzu: Es müßte ja auch nicht mit rechten Dingen zugehen, wenn der im sozialdemokratischen Verbände (hier darf man auch ruhig sagen in den sozialdemokratischen Verbänden) herrschende Radikalis-

mus auf die Dauer von vernünftigen Menschen getragen werden könnte.

Aus jeder Mäure wird ein Elefant gemacht und großer Lärm geschlagen in der roten Presse, wenn im christlichen Lager die geringste Meinungsverschiedenheit aufsteht. Ueber die schwersten inneren Kämpfe im eigenen Lager aber schweigt man sich aus oder sucht den Bruderkrieg zu beschönigen oder zu verbunkeln. Einen neuen Beweis dafür liefern Vorgänge im sozialdemokratischen Textilarbeiterverband in Pöthen (im Vogtland). Mit einer maßlos radikalen Agitation und den süßlichen Versprechungen hatte man dort die Mehrzahl der Sticker und Hilfsarbeiter in den roten Verband gelockt. Der radikalste der Agitatoren wußte sich den Posten des ersten Geschäftsführers zu sichern. Vergeblich warteten nun die Mitglieder auf die Erfüllung der gemachten Versprechungen. Statt dessen wurden Unregelmäßigkeiten in der Geschäftsführung aufgedeckt und nun war die Palastrevolution da. Der erste oben erwähnte Geschäftsführer mußte fluchtartig seinen bisherigen Wirkungskreis verlassen, er soll, wie verlautet, nach Kassel abgehoben werden, um dort die Arbeiter zu „beglücken“. Der zweite Beamte, der an der Aufhebung der Unregelmäßigkeiten beteiligt war, wurde kurzerhand aus dem Verband ausgeschlossen und dem dritten Beamten ist die Stelle gekündigt worden. Den schwer enttäuschten und empörten Mitgliedern genügt das aber noch nicht, über tausend Sticker sind aus dem sozialdemokratischen Verband ausgetreten und versuchen jetzt einen Lokalverband zu gründen. So rächt sich eine unvernünftige radikale Agitation durch den Zusammenbruch. Wie gewonnen, so zerronnen.

Wegen Vergehens gegen den § 153 der Gewerbeordnung hatte sich am 21. August der soziald. Gewerkschaftsbeamte Kriese vor dem Schöffengericht Nürnberg zu verantworten. Wie wir in der kölnischen Volkszeitung (Nr. 775/1912) lesen, hatte Kriese am 22. April d. J. den Unternehmer Dolau gezwungen, drei bei demselben beschäftigte christlich organisierte Maurer, welche Teden in Alford mauerten, zu entlassen. Da der Unternehmer diesem Verlangen nicht sofort nachkam, legten auf Veranlassung von Kriese sämtliche am Bau beschäftigten sozialdemokratisch organisierten Maurer und Arbeiter die Arbeit nieder. Da der Bau nach zwei Tagen nicht mit genügend arbeitsfähigen Arbeitskräften besetzt werden konnte, so zwang Kriese den Arbeitgeber, seinem Verlangen nachzukommen, worauf die drei christlich organisierten Maurer entlassen wurden. Da diese hierdurch in ihrem Einkommen schwer geschädigt wurden, so strengten sie Klage gegen Kriese an. In der Verhandlung vor dem Schöffengericht vertrat Kriese, ebenso sein Verteidiger, die Sache so darzustellen, als ob nicht die Entlassung der drei Genannten deshalb erfolgt sei, weil diese christlich organisiert gewesen wären, sondern zwei von ihnen seien vorher Mitglieder des Deutschen Bauarbeiterverbandes gewesen, weshalb es ihnen nach seiner Meinung verboten sei, solche Arbeiten im Alford auszuführen. Das Gericht schenkte diesen Einwendungen wenig Gehör und führte aus, daß es in diesem Falle gar nicht darauf ankomme, wo die Entlassenen organisiert gewesen seien. Nach dem Urtrage des Amtsamtsrats verurteilte das Gericht Kriese, in Unbetrach seiner erheblichen Vorstrafen — u. a. ist Kriese wegen Verleitung zum Meißeln bereits mit einem Jahr Zuchthaus bestraft — zu einem Monat Gefängnis und Tragung sämtlicher Kosten.

Streiks und Lohnbewegungen.

Zur Beachtung. Bei allen Lohnbewegungen ist jede Woche vor Redaktionsschluss ein Vericht, wenn auch nur per Postkarte, über den Stand der Bewegung einzusenden, andernfalls fällt die Warnung vor dem Zug fort.

Gebelsberg. Bei der Firma Wllh. Schmidt, Schloßfabrik und Tempergleiserlei stehen die Arbeiter im Streik.

Reckum. Wegen Differenzen in der Zementindustrie ist der Zugang von Schloßern, Drehern, Schmelzen und sonstigen Metallarbeitern fernzuhalten.

Werbold. Die Firma Gebr. Honsel in Evelling ist für Britanniawarenarbeiter gesperrt.

Nerdingen-Kaldenhansen. Ueber die Metallwarenfabrik Gustav Köhr ist die Sperre verhängt. Zugang von Dreher, Schloßern, Formern und Hilfsarbeitern ist streng fernzuhalten.

Sagen-Schwelm. Das hiesige Gebiet ist für Formier- und Gießereiarbeiter gesperrt.

W.-Stadbad. Bei der Firma Gebr. Rembold, Eisengießerei, sind Differenzen ausgebrochen. Der Betrieb ist gesperrt.

Lachen. Bei der Firma Paulus, Bauhloßerei und Eisenkonstruktionswerkstätte stehen die Arbeiter im Streik.

Düsseldorf. Zur Durchführung einer Arbeitszeitverkürzung und Gewährung eines Ausgleichs für Akkord- und Lohnarbeit stehen einzelne Abteilungen folgender Werke im Streik: Roeste & Co., Fittingfabrik: Schmiede, Zuschläger und Schlosser. Gebr. Jnden, Fittingsfabrik: Schmiede, Zuschläger, Dreher, Werkzeug- und Reparaturschlosser. Stahlwert Deking: Gießerei, Modellschreinerei und Maschinenabteilung. Bei der Firma Rhönitz, Abteilung Gölnerstraße, stehen die Dreher wegen Akkorddifferenzen im Streik.

Dortmund-Manen. Ueber die Stahlgießerei des Annener Gussstahlwerks ist wegen schlechter Behandlung der Arbeiter durch den Meister und wegen sonstiger Mißstände die Sperre verhängt. Formier- und Kernmacher werden vor Zugang gewarnt.

Essen-Hülbeck. Die Schlosser, Schmiede und Dreher der Firma Kolbeck, Turngerätefabrik, stehen im Streik. Zugang ist fernzuhalten.

Lachen u. Kahlscheid. Das hiesige Gebiet ist für Formier- und Gießereiarbeiter gesperrt.

Bochum. Die hiesigen Klempner und Installateure stehen zwecks Abschluß eines Tarifvertrages im Streik.

Düsseldorf. Ueber die Firma Oberbiller Stahlwerk ist die Vertriebsperre verhängt.

Wenden. Bei der Firma Schmöle & Co. stehen sämtliche Arbeiter in Kündigung.

Zugang ist fernzuhalten.

Bekanntmachung.

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 15. September der achtunddreißigste Wochenbeitrag für die Zeit vom 15. bis 21. September fällig.

Die Ortsverwaltung Saarbrücken erhält die Genehmigung zur Erhebung eines Lokalbeitrages von wöchentlich 10 Pf. ab 1. Oktober d. Js. Die Nichtbezahlung dieses Beitrages hat den Verlust statutarischer Rechte zur Folge.

Die monatliche Zählkarte zur Reichsarbeitslosenstatistik von den nachstehenden Verwaltungsstellen ist nicht an der Hauptgeschäftsstelle eingegangen: Albtittin, Bellingheim, Braunschweig, Darmstadt, Dinklage, Eupen, Förbe, Frankfurt, Glogau, Glanbach, Glatern, Hameln, Konstanz, Landau, Lindau, Paurahütte, Rehbach, Markfisch, Mühlhausen in Thür., Neuwied, Norden, Oggersheim, Rheine, Salbke, Sinsheim, Stettin, Straßburg, Straubing, Werbold, Wiesbaden, Wittenberge, Würzburg.

Bei der großen Wichtigkeit dieser Statistik, deren Ergebnisse durch die Veröffentlichung im Reichsarbeitsblatt in die breite Öffentlichkeit kommen, muß von den Vorständen der Verwaltungsstellen dringend verlangt werden, daß die Zählkarten pünktlich und ohne Ausnahme an die Hauptgeschäftsstelle am 1. Monatsanfang eingekandt werden. Keine Verwaltungsstelle darf in Zukunft mehr zu den Säumigen gehören.

Aus dem Verbandsgebiet.

Saarbrücken Am 25. August hielt unsere Ortsverwaltung eine außerordentliche Generalversammlung ab. Unentschuldig fehlten die Ortsgruppen Bann, Somburg, Stohrbach, Bleseraubach, Bouz, Fischbach und Hostenbach. Kollege Kettenhofen begrüßte die erschienenen Delegierten und erklärte kurz den Zweck der Versammlung. Die Durchführung der Beschlüsse der Verbands-Generalversammlung habe eine solche notwendig gemacht; ebenso bringend sei die Besprechung der Herbst-agitation. Er gab dann noch bekannt, daß der Zentralvorstand der gewaltigen Entwicklung der Hüttenindustrie in Lothringen und der damit verbundenen Zuwanderung Rechnung getragen habe. Kollege Bäcker werde als Bezirksleiter Leiter für Lothringen zum 1. Oktober dieses Jahres nach Metz übersiedeln. Hierauf referierte Kollege Bäcker über die Verbandsgeneralversammlung und die Durchführung der Beschlüsse derselben. Redner erläuterte die wichtigsten Fragen, mit denen sich unser Verbandstag beschäftigte. Er hob die schöne Entwicklung unseres Verbandes hervor, welche jedoch zum allergrößten Teile auf Rheinland und Westfalen entfalle. Dort sollen auch nach Ausscheiden sozialdemokratischer Gewerkschaftsführer die Entscheidungskämpfe geführt werden. Wollen wir eine unabhängige, tatkräftige und neutrale Organisation erhalten, die sich nicht vor den sozialdemokratischen Karren spannen läßt, sondern praktische Gewerkschaftsarbeit leistet, dann muß unser Verband in erster Linie finanzkräftig erhalten werden. Nur so erhält er sich seine Selbständigkeit und kann erfolgreich an der wirtschaftlichen Besserstellung seiner Mitglieder arbeiten. Deshalb können die Einrichtungen unseres Verbandes auch nicht auf einzelne Bezirke zugeschnitten werden. Ferner erläuterte Redner die Beitragsfrage sowie die neu eingeführten Unterstützungen.

Die darauf folgende Diskussion ergab Einstimmigkeit in der Beitragsfrage. Sämtliche Delegierten stimmten dem Urtrage zu, ab 1. Oktober die Beiträge, wie sie von der Generalversammlung festgesetzt sind, mit 10 Pf. Lokalzuschlag einzuführen.

Kollege Kettenhofen sprach über das Thema: Herbst-agitation. Er wies auf die große Masse unorganisierter Hütten- und Metallarbeiter hin. Diese zu gewinnen muß unser Ziel sein. Vorbedingung für die Gewinnung neuer Mitglieder ist jedoch, daß es in unseren eigenen Reihen klappt. Tadellose Führung der einzelnen Ortsgruppen, prompte Durchführung aller Geschäftsanteufungen durch die Vorstände und Vertrauensleute sei unbedingt notwendig. Ferner müssen die Gegner beobachtet werden, Mißstände in den Betrieben in Versammlungen und Presse besprochen werden. Besonders durch Hausagitation und unermüdete Kleinarbeit könne jeder Kollege an der Ausbreitung unseres Verbandes mitarbeiten. Zum Schluß forderte der Redner, auch den freigestellten Kollegen Vertrauen entgegen zu bringen und in der kommenden Zeit immer auf dem Posten zu sein, dann werde es auch im Saarrevier, allen Hindernissen zum Trost, vorwärts gehen.

Kattowitz (D.-Schl.). Der Versammlungsbesuch in unserer Ortsgruppe läßt wieder sehr viel zu wünschen übrig. Die Kollegen glauben, wenn sie nur ihren Beitrag bezahlen, so hätten sie damit schon ihre Pflicht erfüllt. Kommt man mit ihnen irgendwo zusammen und lenkt das Gespräch auf Arbeitsverhältnisse, Löhne und Behandlung, so haben sie jedoch so viel zu klagen, daß es einem Stein erbarmen könnte.

Kollegen, glaubt ihr denn, daß man die Mißstände in den Betrieben mit Schimpfen auf der Straße oder in der Destille beseitigt? Das sollten sich die Kollegen, die in den Hütten arbeiten, ganz besonders merken, wo sie doch so viel über Mangel an Trinkwasser, Fehlen von Schränken usw. zu klagen haben. Derartige Klagen gehören in die Versammlung. Es sollte jeder dafür sorgen, daß nicht bloß die organisierten Kollegen zur Versammlung kommen, auch die Nichtorganisierten sind mitzubringen, damit die unhaltbaren Zustände besprochen, formuliert und in einer Eingabe der Verwaltung zwecks Beseitigung übermittelt, und wenn das erfolglos bleibt, der Öffentlichkeit übergeben werden können. Vom Verbandsverband verlangt man, daß er die Verhältnisse bessert. Wie soll er aber bessernd wirken, wenn ihm die Wünsche der Kollegen nicht bekannt sind. Ebenso kann der Verband um so erfolgreicher für seine Mitglieder eintreten, je mehr Arbeiter in dem Betriebe organisiert sind. Daran fehlt es hier noch sehr. Daher sollten alle Kollegen darüber nachdenken, wie man die Gleichgültigen, oder besser gesagt, diejenigen, die nicht sind und doch ernten wollen, dem Verbande zuführt.

Wo könnte das am besten geschehen? Doch sicher in der Versammlung. Dort ist der Platz, wo man darüber beraten kann, wie man für den Verband neue Mitglieder gewinnen und somit seine Lage verbessern kann. Dazu bedarf es der Schulung! Wo soll diese herkommen, wenn man es nicht für

nötig findet, das Verbandsorgan zu lesen, die Versammlungen zu besuchen. Das sind ja die beiden Bildungsfaktoren für die Mitglieder. Dann braucht man sich nicht zu wundern, wenn Kollegen, die schon längere Zeit dem Verbandsangehören, die Angriffe der Gegner nicht widerlegen, geschweige denn ein neues Mitglied für den Verband gewinnen können. Sie müssen selbst noch auf ihre eigene Organisation miterschöpfen. Merken denn diese „Kollegen“ nicht, wie sie sich selbst blamieren?

Kollegen! Das Jahr 1913 bringt uns gewaltige Kämpfe. Die Bauarbeiter, die Maler, Holzarbeiter und selbst unsere Bergarbeiter rufen zum Kampfe. Auf der ganzen Linie ist man bemüht, Verbesserungen durchzuführen oder zu erkämpfen. Das wollen wir Hütten- und Metallarbeiter doch auch. Dann müssen wir uns organisieren und dem Verbands neue Kämpfer zuführen. Unsere Parole muß fortan heißen: Auf zur Versammlung!

Ein Hüttenarbeiter. In unserer ländlichen Gegend breitet sich die Metallindustrie immer mehr aus. Neben der ihr gehörigen „Wiener Eisenhütte“ hat die Aktiengesellschaft von der Typen ein neues Weißblechwalzwerk errichtet, das nach seiner vollständigen Inbetriebnahme etwa 600 Arbeiter beschäftigen wird. Aber kaum ist in einem Teil des Wertes der Betrieb aufgenommen, da brechen auch schon die Differenzen aus. Die Firma hat, um mit der Weißblechfabrikation beginnen zu können, eine Anzahl Spezialarbeiter aus der Rheinwieder Gegend, aus Nachrodt usw. nach hier gezogen und diese durch auf ein Jahr lautende Verträge gebunden. Nachdem die Arbeiter einige Monate zu den Vertragsbedingungen gearbeitet haben, versucht auch schon die Werksleitung die Lohnverhältnisse zu verschlechtern. Ohne ein Wort zu sagen, erschien eines guten Tages ein Anschlag der Werksleitung, wonach nicht mehr wie bisher in Lohn, sondern in Akkord gearbeitet werden sollte. Die Akkordpreise waren natürlich so gestellt, daß die Arbeiter trotz angelegener Tätigkeit nicht auf einen annehmbaren Verdienst rechnen konnten.

Die in Betracht kommenden Arbeiter legten nach dem Erscheinen des Anschlages am 12. August geschlossen die Arbeit nieder. Nun war guter Rat teuer. Die Werksleitung versuchte zunächst, die „fremden“ und die einheimischen Arbeiter gegen einander aufzubringen. Erklärte doch ein Werksbeamter einem der erstgenannten Arbeiter gegenüber: „Warum geht Ihr nicht allein vor? Was gehen Euch denn die Bauern an?“ Diese „Taktik“ nützte aber nichts, die Arbeiter blieben einig, und so mußte denn die Werksleitung gute Miene zum bösen Spiel machen, ihren Anschlag zurückziehen, und den zu Unrecht gekürzten Lohn nachzahlen. Damit war der Friede vorläufig wieder hergestellt.

Für den auf diese Vorkommnisse folgenden Sonntag (18. August) wurde von unserem Verband eine öffentliche Versammlung einberufen, um zu der Angelegenheit Stellung zu nehmen. Referenten waren die Kollegen Gierz-Siegen und Mauer-Besdorf. Der große Witzsche Saal konnte die Erschienenen kaum fassen, so stark war die Versammlung besucht. Kollege Gierz behandelte vorwiegend die jüngsten Vorkommnisse auf dem Weißblechwalzwerk, während Kollege Mauer näher auf die gegenwärtige Lage der Siegerländer Metallindustrie einging. In der Diskussion sprach der sozialdemokratische Arbeiterssekretär Gogawski-Siegen, der aber nichts Besseres zu tun wußte, als an den christlichen Gewerkschaften herumzunörgeln, wodurch er die überwiegende Mehrzahl der Versammlungsteilnehmer gegen sich aufbrachte. Dem Gogawski wurde von den Referenten gründlich heimgeleuchtet. Auch ein Werkmeister Seuser nahm das Wort und versuchte das Vorgehen der Firma zu rechtfertigen. Wie die Arbeiter von diesem Herrn eingeschätzt werden, erhellt daraus, daß er die fremden Arbeiter beschuldigte, sie leisteten nicht, was sie leisten könnten, und die einheimischen Arbeiter seien disziplinlos, mit denen sei nichts anzufangen. Auch diesem Redner wurde, namentlich vom Kollegen Gierz der Standpunkt klar gemacht, wobei der letztere die Arbeiter aufforderte, aus den Ausführungen des Werkmeisters die richtigen Lehren zu ziehen. Für unsern Verband konnten in der Versammlung mehrere Kollegen gewonnen werden.

Es besteht begründete Aussicht, daß nunmehr der Organisationsgedanke in Wissen dauernd Fuß gefaßt hat, und nicht mehr einschläft, wie wir das leider schon öfters konstatieren mußten. Nur durch eine starke Organisation kann Vorkommnisse, wie den geschilberten, erfolgreich begegnet werden. Mögen deshalb alle Metallarbeiter von Wissen und Umgegend aus den Vorgängen der letzten Wochen die einzig richtige Lehre ziehen, und sich ungefährnt dem christlichen Metallarbeiterverband anschließen.

Amern St. Anton. Es erscheint angebracht, unser Organ einmal in Anspruch zu nehmen, einerseits, um die sämmtlichen Versammlungsbesucher an ihre Pflicht zu mahnen, am Verbandsleben regeren Anteil zu nehmen, andererseits, um ihnen mitzuteilen, wie es zurzeit hier aussieht. Als wir im Jahre 1904 unsere Ortsgruppe gründeten, war es eine Freude, zu sehen, mit welcher Begeisterung die Kollegen für unsere Sache eintraten. Innerhalb 14 Tagen fanden 95% der hiesigen Metallarbeiter in unseren Reihen. Zum Schluß der Gründungsversammlung stimmte ein Kollege in das Lied ein: „Wir halten fest und treu zusammen...“ Schon bald waren wir an der Grenze der Ausdehnungsmöglichkeit angelangt, da hier nur ein Betrieb für Metallarbeiter in Frage kam. Wir verlegten uns deshalb mehr auf die gewerkschaftliche Schulung unserer Mitglieder. Im Jahre 1906 hatten wir eine Bewegung, die sämmtlichen Kollegen eine Lohnerhöhung von 10 Prozent und eine Verkürzung der täglichen Arbeitszeit von 11 auf 10 Stunden brachte.

Jetzt glaubten einige Kollegen, den Verband entbehren zu können. Der erste der ging war jener, der damals das oben erwähnte Lied angestimmt hatte. Nachdem dieser Kollege dann später einen Unfall erlitten, gab er allmählich in seinem Temperament wieder zu erkennen, daß er den Zusammenhang für eine unbedingte Notwendigkeit halte. Er vertritt jetzt den Standpunkt, tüchtige Gewerkschaftsbeamte solle man in den Reichstag wählen. Aber der Mann, der hier so große Stücke auf tüchtige Gewerkschaftsbeamte hält, hält es gar nicht für notwendig, das erste Erfordernis, die Gewerkschaftsbewegung zu fördern. Das Gegenteil ist bei ihm der Fall. Eine Tochter, die er auf unsere Vorkommnisse hin dem Verbands zuführte, machte der Förderin, die den Beitrag abholte und das Organ zustellte, alle möglichen Einwände. Als sie aber stets die richtige Antwort erhielt, verweigerte sie eines guten Tages einfach die Annahme des Organes und bezahlte nicht mehr. Wie verlaunt, wollen die Töchter dieses Kollegen den Beitrag zur Anschaffung eines Schrankes „sparen“. Tritt aber wieder einmal unverwehrt eine

Krankheit ein, so sieht man zu spät ein, daß bei dieser Art von „Sparen“ wenig herauskommt — selbst wenn noch so tüchtige Gewerkschaftsbeamte im Reichstag sitzen.

Aber es gibt nun einmal Leute, die gern eine Doppelrolle spielen, die einerseits dem Meister die Ohren voll blasen, wie unrecht es sei, wenn Kolleginnen sofort verdienen und dann andererseits in die Posanne stoßen, es sei Pflicht des Verbandes, für die Erhöhung der Tagelöhne einzutreten. Es ist wirklich ein Unbding, wenn man solche Leute ernst nehmen wollte. Die Folge dieses Doppelspiels wäre aber unzweifelhaft schon längst eine Reduzierung der Löhne, wenn eben hier der christliche Metallarbeiterverband nicht so stark vertreten wäre.

Dann noch eins. Zwei Arbeiter aus unserem Betriebe, darunter ein Mitglied von uns, gehören dem Meisterverband an. Wir haben nichts dagegen, wenn die Meister sich dort organisieren. Aber man sollte doch dort auf Leute verzichten, die in die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiter gehören, die niemals Meister waren und auch keine Aussicht haben, es zu werden. Diese Leute suchen nun mit den Unterstützungen des Meisterverbandes unter den Kollegen zu krebzen. Demgegenüber sollten unsere Kollegen darauf hinweisen, daß eine Arbeiterorganisation es ablehnen muß, auf das Niveau einer gelben oder Nur-Unterstützungsorganisation herabzusinken. Unsere Hauptaufgabe ist und bleibt die Eringung angemessener Lohn- und Arbeitsbedingungen, und der hierfür gesammelte Fonds trägt für die Kollegen bessere Früchte, als alle Unterstützungsstellen zusammengenommen es je vermögen. Wenn der Kollege, den es angeht, mit seiner Heuchelparade fortfahren will, wenn er meint, mit der Meisterklasse seine Lohn- und Arbeitsverhältnisse besser heben zu können, so mag er die Konsequenzen ziehen. Für uns gibt es hier nur ein entweder — oder!

Und nun Kolleginnen und Kollegen von Amern und Umgegend! Lassen wir uns von den oben geschilberten Leuten die Freude an der gewerkschaftlichen Arbeit nicht nehmen. Einen berufsmäßigen Stänker fertigt man ab wie er es verdient. Mögen die Leute immerhin dahin gehen, wo sie sich zu Hause fühlen und uns in Ruhe arbeiten lassen. Wir wissen, daß wir in unserem christlichen Metallarbeiterverband eine zuverlässige Interessenvertretung haben. Darum, Kollegen und Kolleginnen, arbeiten wir unentwegt mit unserm Vorstande Hand in Hand. Dann werden wir das erzielen, was wir wollen. Einigkeit macht stark!

Soziales.

Die Bestellung von Krankenkassenbeamten durch das Versicherungsamt.

Der Reichskanzler hat einen Erlaß an die Bundesregierungen gerichtet, der das Verhalten der Versicherungsämter im Falle einer Nichteinigung der beiden Gruppen der Arbeitgeber und Versicherten im Vorstände der Krankenkassen über die Besetzung von Beamten- und Angestelltenstellen bei den Krankenkassen betrifft. Gemäß § 349 der R.-V.-D. werden die aus Mitteln der Kassen bezahlten Stellen der Beamten und Angestellten durch übereinstimmende Beschlüsse beider Gruppen im Vorstände besetzt. Kommt (gemäß § 350) kein Anstellungsbeschuß zustande, oder wird die Bestätigung endgültig verweigert, so hat das Versicherungsamt auf Kosten der Kasse widererulich die für die Besätze der Stelle erforderlichen Personen zu bestellen. Es ist nun die Frage zur Kenntnis des Reichskanzlers gekommen, ob die Versicherungsämter zweckentsprechend verfahren, wenn sie einen der beiden Bewerber bestellen, deren Anstellung von einer der beiden Gruppen im Vorstände gewünscht wird. In dem Erlaß an die Bundesregierungen wird dazu ausgeführt, daß es im Interesse einer friedlichen Durchführung der Krankenversicherung sehr wünschenswert erscheine, wenn die Versicherungsämter in der Regel nicht auf einen Kandidaten der Arbeitgeber- oder Versichertengruppe zurückgreifen, sondern eine in dem Streite ganz unbeteiligte Person bestellen. Es wird weiter bemerkt, daß für die Reichstagskommission, die die Vorschriften der §§ 349 und 350 in den Entwurf eingefügt hat, das Bestreben maßgebend war, die Fälle, in denen die Mehrheitsgruppe im Vorstand einen nur ihr genehmigten Stellenbewerber der Minderheitsgruppe ausdrängen könne, noch weiter als im Entwurfe zu beschränken. Deshalb sollte, sofern nicht eine besondere qualifizierte Mehrheit für den einen der Bewerber gefunden würde, die vorläufige Stellenbesetzung einer an dem Streite unbeteiligten Stelle — dem Versicherungsamt übertragen werden. Man hoffe, daß in der Regel während des so geschaffenen Provisoriums und infolge dessen eine gewisse Beruhigung bei den streitenden Vorstandsgruppen eintreten und zur demnachstigen Einigung beitragen würde. Es liegt auf der Hand, daß eine solche versöhnliche Wirkung weit eher erreicht werden kann, wenn die unbeteiligte Stelle eine bisher bei dem Streite gleichfalls ganz unbeteiligte Person bestellt, als wenn sie der einen Partei gerade von ihr bekannten Kandidaten der Gegenseite aufdrängt und dadurch im gewissen Grade bei dem Streite zugunsten der Gegenseite eingreift.

Literarisches.

Beiträge zur Würdigung der Akkordlohnmethode im rheinisch-westfälischen Maschinenbau. Von Dr. August Vöhr. gr. 8^o (105) M.-Glabach 1912, Volksvereinsverlag Gmbh. M. 2,-, postfrei M. 2,10. Der Verfasser erörtert die Frage der Akkordlohnmethode im wesentlichen nach ihren psychologischen Wirkungen, wobei er teilweise auf Grund eines reichen Literaturstudiums, teilweise aber auch persönlicher Umfragen und Beobachtungen interessante Blicke tun läßt in die Mannigfaltigkeit des Problems. Bei der Aufdeckung vieler bedenklicher Schattenseiten der Akkordlohnmethode verkennt er aber auch gewisse Vorzüge derselben nicht, und daher, weit entfernt, ihre Abschaffung zu fordern, wünscht er eine vernünftige gemäße Handhabung derselben. In erster Linie will Dr. Vöhr dabei ein „Recht der Arbeiter, bei den Fragen der Akkordlohnmethode gehört zu werden“, verwirklicht wissen. In der vorliegenden Schrift ist die Frage der psychologischen Einwirkung der Akkordlohnmethode auf den Arbeiter unseres Wissens zum erstenmal für einen einzelnen Industriezweig besprochen, der dabei den Vorschlag genießt, in unserem industriellen Leben mit in erster Reihe zu stehen. Das macht die Lektüre der Schrift besonders anziehend und lohnend.

Sterbetafel.

- Machen.** Am 3. September starb unser treuer und langjähriger Kollege Quirin Brand an den Folgen einer Weinrentzunge im Alter von 32 Jahren.
- Berlin.** Am 2. September starb unser treuer Kollege Bruno Terkowski im Alter von 19 Jahren an Lungenleiden.
- Essen.** Am 28. August starb unser Kollege Anton Ludwig im Alter von 43 Jahren an Herzschlaa.
- Landshut.** Am 3. September starb unser Kollege Paul Hofzer, Schlosser, im Alter von 62 Jahren.
- Reviens.** Am 7. September starb unser Kollege Heinrich Merleyn im Alter von 40 Jahren an Magenleiden. — Am 1. September starb unser Kollege Hermann Wegemann im Alter von 32 Jahren an Lungenentzündung.
- Magdeburg.** Am 1. September starb unser Kollege August Hoffmann im Alter von 46 Jahren.

Ehre ihrem Andenken!

Versammlungskalender.

Kollegen und Kolleginnen!

Versäumt ohne triftigen Grund keine Versammlung!

- Samstag, den 14. September.**
- Berlin-Norden.** Abends 8.30 Uhr bei Tiede, Hustenstraße 4-5
 - Behrenburg.** Abends 8.30 Uhr bei Braun, Schützenstraße.
 - Dortmund-Westmar.** Abends 8.30 Uhr bei Wiskoff.
 - Dortmund-Uhlen.** Abends 8.30 Uhr bei Wölmann.
 - Düsseldorf-Bildern.** Abends 9 Uhr bei Veuchtinger, Kaiser Wilhelmstr.
 - Düsseldorf-Goldhausen.** Abends 9 Uhr bei Blau, Düsseldorfstr.
 - Düsseldorf-Vertheim.** Abends 9 Uhr bei Kusen, Burschenschaftstr. 30.
 - Karlruhe.** Abends 8.30 Uhr mit Vortrag im Volksgarten.
 - Köln-Groenfeld.** Abends 9 Uhr bei Korndorfer, Kleebergstraße.
 - Köln-Wundbold-Kolonie.** Abends 9 Uhr bei Gutth, Wundboldstraße.
 - Köln-Kalk.** Abends 9 Uhr bei Hüntgenberg, Breuerstraße 14.
 - Köln-Lindenthal.** Abends 9 Uhr bei Sandeler, Bachemstraße 120.
 - München.** Abends 8 Uhr im Lokale „Eppanofstadt“, Senefelderstr. 11.
 - Münster-Maxfeld-Würd.** Abends 8 Uhr, Restauration „Zu den drei Linden“, Westere Sulzbacherstraße 1.
 - Stuttgart-Buffenhäuser.** Abends 8.30 Uhr in der „Traube“.
 - Stuttg. Heide.** Abends 8.30 Uhr bei Wwe. Lange.
 - Wohlfinkel.** Abends 8.30 Uhr bei Schmidt, Kaiserstraße 178.
- Sonntag, den 15. September.**
- Bromberg.** Früh 7 Uhr Ausmarsch nach Ostromeysko, Sammelplatz 3. Schloße. Bei Regenwetter statt des Ausmarsches nachm. 3 Uhr Mitgliederversammlung. Nege Beteiligung ist dringend erforderlich.
 - Greifeld-Süchteln.** Vorm. 11 Uhr bei Henneken, am Markt.
 - Dortmund-Barop.** Vorm. 11 Uhr bei Schmittler.
 - Dortmund-Witten.** Vorm. 11 Uhr bei Mibeke, Auguststraße.
 - Dortmund-Derue.** Vorm. 11 Uhr bei Nagel.
 - Duisburg-Deel.** Vorm. 11.30 Uhr bei Zimmer, Kaiserstraße.
 - Düsseldorf-Grath.** Vormittags 11 Uhr bei Schlichting, Kreuzstr.
 - Düsseldorf-Singern.** Vormittags 11 Uhr bei Schmalbach, Brückenstraße 45.
 - Düsseldorf-Gerresheim.** Vormittags 11 Uhr bei Steinmann, Brühlstraße.
 - Essen-Berg-Boresch.** Morgens 11 Uhr bei Müller, Hochstraße.
 - Essen-Mellinghausen.** Morgens 11 Uhr bei Schwoer, Franzstr.
 - Essen-Frohhausen.** Morgens 11 Uhr bei Pöhlger, Frohhauserstraße.
 - Essen-Altenessen.** Abends 8 Uhr bei Johann Fißler, Hammerstr.
 - Essen-Segeroth.** Abends 8 Uhr bei Langenberg, Freistadtstraße.
 - Hagen-Worringhausen.** Morgens punkt 11 Uhr bei Fr. Simon
 - Hann.** Vormittags 11 Uhr bei Krähwinkel. Referent: Herr Stud. Theol. H. Wiede.
 - Hattungen.** Vorm. 11 Uhr bei Kneffel.
 - Hammings.** Nachm. 4 Uhr bei Schiffermann.
 - Köln-Woll.** Vormittags 11 Uhr bei Georg Jahnender, Hauptstraße.
 - Reheim-Nachen.** Vorm. 11.30 Uhr bei Bodemann.
 - Münster-Gottendorf.** Vormittags 10.30 Uhr im Vereinslohn, Baumgärtnerstraße 18.
 - Troisdorf.** Vormittags 10.30 Uhr bei Kürten in Troisdorf.
- Mittwoch, den 18. September.**
- Heiligenhaus.** Abends 8.30 Uhr bei Küppersbusch, Hauptstraße.
- Freitag, den 20. September.**
- Düsseldorf-Beurath.** Abends 9 Uhr bei Wegener, Mittelstraße.
- Sonntag, den 21. September.**
- Bremen.** Abends 8.45 Uhr im Colosseum, Döhrestraße 1.
 - Berlin.** Abends 8.30 Uhr in der Salm-Hofstraße, im Königsgarten 14a.
 - Boescheide.** Abends punkt 8.30 Uhr bei Henuemann, Wichtiger Vortrag.
 - Greifeld.** Abends 9 Uhr in der Reichshalle.
 - Greifeld-Geldern.** Abends 7 Uhr im „Brauhaus“, Jülicherstraße.
 - Düsseldorf-Neuf.** Abends 9 Uhr bei Flog, Niederstraße.
 - Dortmund 1.** Abends 9 Uhr im christlichen Gewerkschaftshaus, Westerbledstraße.
 - Gienach.** Abends 8.30 Uhr im Weimariischen Hof.
 - Freiburg i. Br.** Abends 8.30 Uhr im Ganterröran, Schiffstr. 7.
 - Häde.** Abends punkt 8.30 Uhr bei Mann („Deutsches Haus“).
 - Hamburg.** Abends 9 Uhr bei Schröder, Talstr. 97.
 - Köln-Teuf.** Abends 9 Uhr „Zur Krone“, Freieisenstraße 19.
 - Mittel-Barmen.** Abends 9 Uhr bei Zindermann, Oberbörsenstr. 60.
 - Milpe.** Abends 8.30 Uhr bei Ed. Jansenbach, Wörderstraße.
 - Reheim 2. Bezirk.** Abends 8.30 Uhr bei Vinhold, Hauptstraße.
 - Reinweid.** Abends 8.30 Uhr im Lokale „Drei Schweißker“.
 - Münster-Staubühl.** Abends 8 Uhr in der Restauration Ruppertsheim, untere Wemtergasse 8. Bezirksversammlung mit Vortrag.
 - Radolfzell.** Abends 8 Uhr mit Vortrag im Gasthaus „zum Kreuz“.
 - Reckenburg.** Abends 8 Uhr in der Jakobusriedente.
 - Stuttgart.** Abends 8.30 Uhr im römischen König.
 - Stuttgart-Cannstatt.** Abends 8.30 Uhr im Lokale des evangelischen Arbeitervereins.
- Sonntag, den 22. September.**
- Udernaach.** Vorm. 11 Uhr im Hotel Hamm.
 - Berlin-Oberichöneweide.** Abends 7 Uhr bei Ollesch.
 - Bacholz.** Morgens 11 Uhr bei Küpper, Düsseldorfstraße.
 - Duisburg-Heudorf.** Vorm. 11 Uhr bei Haerckamp, Ecke Kammer- und Blumenstraße.
 - Düsseldorf-Oberbilf.** Vorm. 11 Uhr bei Wölges, Ellerstraße.
 - Düsseldorf-Rath.** Vorm. 11 Uhr bei Kreisinger, „Rathes Kreuzweg“, Münsterstraße 533.
 - Essenheim.** Nachm. 3 Uhr bei J. Berg. Wichtige Tagesordnung. Dringende Pflicht eines jeden Kollegen ist es, in dieser Versammlung zu erscheinen.
 - Herdecke.** Morgens punkt 11 Uhr bei S. Wien. Wichtiger Vortrag.
 - Hagen-Altenhagen.** Nachm. 5 Uhr große Versammlung mit gemütlicher Abendunterhaltung. Familie mitbringen.
 - Lindenthal.** Morgens punkt 11 Uhr bei E. Diemer, wichtige L.-D.
 - Münster-Lichtenhof.** Vorm. 10.30 Uhr im Restaurant Stauer, Galgenhofstraße 48. Bezirksversammlung mit Vortrag.
 - Stromberg-Flaurot-Kamm.** Nachm. 3 Uhr bei Schmidt in Stromberg. Antreten zur Hausagitation.
- Tüchtige Feinmechaniker, Armaturdreher für Revolverbänke, gelernte Fräser für dauernde Arbeit baldigst gesucht. Offerten mit Zeugnisabschriften erbittet Carl Feih, Jena.**
- Wertmeister für Deutsch-Wein gesucht.**
Ein Arbeiter, entschieden christlich Maschinenfabriker oder Zeichner (Drehmaschinen) gesucht. Bedingung: Tropenfähigkeit und 3 Jahre Verpflichtung. Gehalt 3600 Mark, steigend jährlich 300 Mark. Freie Ausreise. Offerten mit kurzen Lebenslauf an Sekretär C. Hartwig, Bremen, Schönebeckstraße 143.